

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich. In Post und Sonntagsnummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Verzeichnungsliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 14. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Das Recht auf Recht.

Die Koalitionsfreiheit ist das wirtschaftliche Grundrecht der Arbeiter. Die deutsche Gewerbe-Ordnung hat dies Recht ausdrücklich anerkannt, indem sie die Verbote und Strafbestimmungen aufgehoben. Zwar haben wir in Deutschland noch keinen besonderen gesetzlichen Schutz für die Ausübung dieses Grundrechts, der es sicher stellt gegen alle willkürlichen Eingriffe des privaten Egoismus sowie gegen juristische Listereien. Immerhin ist dieses Grundrecht allgemein anerkannt, und wer die wirtschaftliche Notlage eines nur auf seine Arbeitskraft angewiesenen Proletariats mißbraucht, um ihn zu einem Arbeitsvertrag zu zwingen, in dem sein Recht auf Koalitionsfreiheit aufgehoben wird, der handelt tausendmal verdammenswerter als ein Geldleiher, der die finanzielle Verlegenheit einer Person zur Erlangung hoher Vermögensvorteile benützt. Es ist also klar, daß jeder das Koalitionsrecht befeitigende Arbeitsvertrag null und nichtig ist, weil er gegen § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verstößt, der besagt: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.“

In dem leider mißglückten Zustand der Stuttgarter Straßenbahn war das Koalitionsverbot der Hauptpunkt des Streites. Es ist anzuerkennen, daß die Regierung sowohl wie die Stadtverwaltung durchaus das Koalitionsrecht der Angestellten anerkannt.

Bei den Ausgleichsverhandlungen erklärte der Vertreter des Ministeriums — wie offiziell im „Reichs-Anzeiger“ bekannt gegeben wurde, — daß nach seiner auch von dem Herrn Staatsminister geteilten Anschauung der Ausschluß des gesetzlich bestehenden Koalitionsrechts der Angestellten durch Dienstvertrag von Industriellen des Landes nicht mehr geübt werde und nicht haltbar sei und daß die Direktion durch eine Festhaltung an diesem Standpunkt sich in's Unrecht legen würde.

Es ist bekannt, daß im Verlauf des Streiks der Stuttgarter Gemeinderat beim Amtsgericht beantragte, daß die Stadt Stuttgart die Straßenbahn in eigene Regie zu übernehmen habe, nachdem die Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft den mit der Stadt geschlossenen Vertrag nicht zu halten im Stande gewesen sei. Als Vertragsbruch wurde die unberechtigte Einstellung des Betriebes geltend gemacht.

Das Stuttgarter Amtsgericht aber hat die Klage der Stadt abgewiesen und in der Begründung ein Uebriges gethan, indem es ein Urteil über die Anschauungen des Ministeriums vom Koalitionsrecht fällt, nämlich so:

„Inwiefern ein solches privatrechtliches Verbot, das durch einen Dienstvertrag ausgesprochene Koalitionsverbot, das nicht nur den Gedanken, der seine Herr in Hause zu sein, zum berechtigten Ausdruck bringt, sondern häufig auch dem richtig verstandenen Interesse der Angestellten dient, gegen die guten Sitten verstößt, ist unverständlich, und wie es um den behaupteten Fundamentalsatz der Koalitionsfreiheit steht, zeigt der Absatz 2 des § 152 der Gewerbe-Ordnung, wonach das Gesetz die Vereinigungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen keineswegs begünstigt. Ferner verkennt die Antragstellerin (die Stadt) vollständig, daß, wenn sie vielleicht zu anderer Zeit ein Entgegenkommen der Direktion in der Frage der Koalitionsfreiheit in Aussicht nehmen dürfte, ein pervertiertes Zugeständnis an die Angestellten im jetzigen Zeitpunkt zugleich einen Erfolg des Verstandes bedeutete, in dessen Tätigkeit die Direktion mit Recht den Ursprung der mißlichen Lage, in die sie verlegt worden war, erblickt.“

Die durch die ministeriellen Anschauungen in große Erregung geratenen Scharfmacher haben durch diese Urteilsbegründung das Gleichgewicht ihrer Seelen wiedergewonnen! Es giebt noch Amtsrichter in Stuttgart. Diese Urteilsbegründung wird mit goldenen Lettern in der Geschichte der Herren im Hause fortleben.

Mit geradem erschauender Entschiedenheit findet das Amtsgericht die Meinung einfach „unverständlich“, daß solch ein Koalitionsverbot gegen die guten Sitten verstößt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es verstößt gegen die guten Sitten, daß die Arbeiter so unerschämte sind, durch Zusammenschluß ihre Interessen zu fördern. Die Gewerbe-Ordnung erachtet — so meinen die Stuttgarter Herren — die Koalitionsfreiheit eigentlich als eine unanständige Sache, die man nur nicht gerade verbieten will. Die Weisheit und das Wohlwollen der Direktion ist für die Arbeiter viel segensreicher als das schändliche Koalitionsrecht. Fürwahr, der patriarchalische Geist Ostindiens schwebt über dieser Urteil.

In diesen Tagen ist der erste Band eines umfangreichen Werkes von Philipp Lotmar Professor in Bern, über den Arbeitsvertrag erschienen.

Lotmar spricht von einer Koalitions-moral, in dem er Beispiele „moralwidriger Arbeit“ anführt: „Ein besonders bemerkenswerter Fall wider ein Moralgebot verstößender Arbeit ist diejenige, durch welche eine Koalitionspflicht abgetreten wird. Für die Koalitionen der unter die Gewerbe-Ordnung fallenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist die Erfüllung der hier obwaltenden Moralpflichten um so dringender, als diese Koalitionen nicht rechtlich zusammengehalten werden... Das formale Gebot der Erfüllung der Koalitionspflichten ist ein allgemein anerkanntes, nicht einer partikularen Moral angehöriges. Es haben daher koalierte Arbeitgeber gegen einander und koalierte Arbeitnehmer gegen einander die moralische Pflicht, zur Erreichung des Koalitionszweckes — Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen beizutragen.“

\*) Der Arbeitsvertrag. Nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches. Von Philipp Lotmar. In zwei Bänden. Erster Band. Leipzig 1902 (Duncker u. Humblot).

In Konsequenz dieser Anschauungen nennt Lotmar auch Verträge moralwidrig, die das Koalitionsrecht ausschließen. Er sagt: „Eine beim gewerblichen Arbeitsvertrag nicht selten getroffene, hierher gehörige Bestimmung besteht in der Ausbedingung, daß der Arbeitnehmer den Berufsvereinen seines Faches fernbleibe, oder die Berufsinteressen seiner Fachgenossen nicht unterstüze... Wenn das Gesetz den Koalitionen, d. h. den Vereinigungen, von Gewerbetreibenden oder gewerblichen Arbeitern zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insofern die Bahn frei gemacht hat, als es alle dawider laufenden Verbote und Strafbedingungen ausdrücklich aufgehoben hat, so muß eine diese Freiheit einengende Bestimmung eines Arbeitsvertrages wenigstens als gegen die guten Sitten verstößend angesehen werden. Dies scheinen sogar Fabrikanten zu Gunsten der Arbeiter anzunehmen.“

Was solch einen Verstoß gegen die guten Sitten bedeutet, darf auch nicht Inhalt eines Tarifvertrages werden. Der Vorbehalt, welchen die Gewerbe-Ordnung für die Rechtsverbindlichkeit des Inhalts einer Arbeitsordnung macht — „soweit er den Gesetzen nicht zuwiderläuft“ — beweist der Verstoß wider die guten Sitten.

Infolgedessen verstößt auch Kündigungsgünde, die auf der Thatsache der Koalition beruhen, gegen die guten Sitten. „So kann nicht zum Kündigungsgrund gemacht werden der Eintritt des Arbeitnehmers in einem die Arbeiterinteressen fördernden Verein, auch nicht, wenn zugleich des Arbeitgebers Eintritt in einen die Unternehmer-Interessen vertretenden Verein als Kündigungsgrund aufgenommen würde.“

Die Anschauung, die das Stuttgarter Amtsgericht unverständlich findet, ist also für den juristischen Fachmann selbstverständlich, die Koalitionsverbotsklausel macht jeden Arbeitsvertrag hinfällig. Ein Streik, der aus diesem Grunde erfolgt, ist stets auch im strengsten Sinne legitim. Ein Kontraktbruch wird in dem Falle niemals begangen, da gar kein rechtlich gültiger Vertrag besteht.

Das Urteil des Stuttgarter Amtsgerichts zeigt aber, daß der Geist reaktionärer Schamfächer noch längst nicht überwunden ist. Um so dringender wird es, daß das elementarste Recht des Arbeiters, die Koalitionsfreiheit, in seiner Ausübung in jeder Hinsicht geschützt werde.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Juni.

#### Preussischer Landtag.

Während das Herrenhaus am Freitag kleinere Vorlagen und Petitionen in einer kurzen Sitzung ohne jede Debatte erledigte, führte im Abgeordnetenhause die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Ausföhrung des Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Gesetzes zu einer lebhaften Erörterung. Nach § 1 dieses Gesetzes unterliegen Schweine und Wildschweine, deren Fleisch zum Genuße von Menschen verwendet werden soll, in allen Fällen einer amtlichen Untersuchung auf Trichinen. Diese Bestimmung ist nicht nach dem Herzen der Agrarier; sie wollen von einer allgemeinen gesetzlichen Regelung der Trichinenschau nichts wissen; ihrer Meinung nach muß, wie der Centrumsagrarier Frick ausföhrte, alles vermieden werden, was die in der Landwirtschaft über den Zolltarif herrschende Erbitterung noch steigern könnte. Von diesen Erwägungen ausgehend, setzten die Herren in ihrem bekannten Streben, dem Volke nur „gesundes“ Fleisch zu verschaffen, die Streichung der Worte „in allen Fällen“ durch und gaben dem § 1, einem Antrage Herold (C.) und Newold (N.) folgend, einen Zusatz, wonach bei Schweinen, deren Fleisch ausschließlich im eignen Haushalt des Besitzers verwendet werden soll, sofern nicht durch Polizeiverordnungen etwas anderes bestimmt ist, die Untersuchung unterbleiben darf. Dagegen soll eine gewerbliche Verwendung von Fleisch, bei welcher die Untersuchung unterbleibt, verboten werden. Durch diese Abänderung hat das Gesetz, das im übrigen in der Kommissionsfassung angenommen wurde, jede Bedeutung verloren.

Zur Annahme gelangten ferner folgende beiden, von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen: Die Regierung wird ersucht, 1. dahin zu wirken, daß die Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschau-Gesetz, ähnlich wie es im Königreich Sachsen schon geschehen ist, insofern abgeändert werden, daß als minder trichinös befundenes Schweinefleisch nicht vernichtet werden soll, sondern nach erfolgter Abkühlung zum menschlichen Genuß zugelassen werden kann; 2. in der nächsten Tagung einen Gesetzentwurf zur Regelung der Schlachtvieh-Versicherung vorzulegen.

Dem Vorschlage des Präsidenten, bereits am Sonnabend das Ausführungs-gesetz zum Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Gesetz in dritter Lesung zu beraten, widersprach Abg. Ehlers. Am Sonnabend stehen daher nur Petitionen und das Ausführungs-gesetz zum Unfallfürsorge-Gesetz für Gefangene auf der Tagesordnung.

Das Herrenhaus wird am Sonnabend die Schlussberatung der Polenvorlage vornehmen. Ob die Session bereits am Sonnabend geschlossen wird, hängt, wie der Vicepräsident Frhr. v. Manteuffel erklärte, davon ab, ob die Regierung auf die Erledigung des Ausführungs-gesetzes zum Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Gesetz besteht.

#### Herr v. Thielen.

Es ist eine feststehende Thatsache, daß Herr v. Thielen mit Landtags-schluss in den Ruhestand tritt. Bald wird der „Reichs-Anzeiger“ seine Entlassung in Gnaden melden.

Länger als ein Jahrzehnt hat Herr v. Thielen an der Spitze des preussischen Staatseisenbahnwesens gestanden, und er hätte in dieser Zeit, begünstigt durch die glänzende Finanzlage, reichlich Gelegenheit gehabt, weitgehende Reformen durchzuführen. Er hat auf den Ruhm eines Reformators verzichtet und lieber, seinen Ehrgeiz darin erblickt, möglichst hohe Ueberschüsse zu erzielen.

Sein Vorgänger, Herr v. Maybach, wollte 1891 eine Reform der Personentaxen in der Weise durchführen, daß unter Aufhebung der 4. Wagenklasse und der ermäßigten Rückfahrkarten die Fahrpreise erheblich herabgesetzt werden sollten. Die Reform scheiterte an dem Widerstand der Junker, die ja von jeher für möglichst teure und un-bequeme Verkehrsverbindungen schwärmten, um die Landarbeiter in der Weltabgeschlossenheit Ostindiens zu halten. Herr v. Thielen hat den Maybach'schen Plan nicht wieder aufgenommen, er hat sich, wenn man von der Verlängerung der Dauer der Rückfahrkarten auf 45 Tage absteht, jedem Fortschritt entschieden widersetzt, und er fand in diesen seinen rückwärtlichen Anschauungen eine kräftige Stütze an der Junkermehrheit des preussischen Landtages. Zwar machte er sich bei den Junkern wegen seines entschiedenen Eintretens für den Mittellandkanal vorübergehend verhasst, aber tief war die Feindschaft der Besessenen nicht. Erfüllte Herr v. Thielen den Agrariern doch jeden ihrer Wünsche, und mochten sie noch so unerschämte sein! Ausnahmetarife für Dünger und Futtermittel wurden unter Thielen die Regel; die Landwirtschaft wurde auf Kosten der Industrie in unerhörter Weise bevorzugt.

Einer der größten Fehler des Ministers war sein Mangel an Energie. Dem Rationen nach war er Eisenbahnminister, in Wirklichkeit war nicht er, sondern Herr von Miquel Chef der Eisenbahnverwaltung. Die Miquel'sche Beförderungs-politik herrschte in der Eisenbahnverwaltung vor — nicht zum Vorteil des Staates. Wie Miquel so hielt auch Thielen die Beamtenbesoldungen für abgeschlossen, obwohl zahllose Kategorien von mittleren und Unterbeamten auch heute noch ein Gehalt beziehen, das zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel ist. Die Arbeitszeit vieler im Aufwendungs-thätigen Beamten und Staatsarbeiter ist eine so übermäßig lange, daß hierin mit ein Grund zu suchen ist für die zahlreichen Unglücksfälle, die im Reiche des Herrn v. Thielen regelmäßig wiederkehrten.

Herr v. Thielen erwies sich wiederholt als blinder Verehrer der socialpolitischen Ansichten eines Stumm. Entgegen den klaren Vorschriften der Verfassung hat er sich mehr als einmal in scharfen Tönen von der Leibknecht des Landtags herab die Beamten, die von dem ihnen zustehenden Petitionsrecht Gebrauch machten, gescholten. Das freie Wahlrecht, das Koalitionsrecht bestand für die Unterbeamten und Staatsarbeiter der Eisenbahnverwaltung nur auf dem Papier. Wir erinnern an die bekannten Erlasse, wodurch bestimmt ist, daß den Arbeitern für die durch Beteiligung an den Wahlen zum Abgeordnetenhause verjüngte Arbeitszeit ohne weiteres eine Lohn-ergänzung zu gewähren ist, während den Arbeitern die Ausübung der Wahl zum Reichstage je nach den Umständen während der Arbeitszeit ohne Lohnluzung nur gestattet werden darf. Der Minister war sich wohl bewußt, daß die Arbeiter bei der geheimen Reichstagswahl nicht im Sinne der Regierung stimmen; sein Erlaß hat im Grunde genommen nur den Zweck, die Arbeiter durch Lohnausfall für die Ausübung ihres Wahlrechts im regierungsfremden Sinne zu bestrafen. Wir erinnern ferner an die vielen Fälle direkter Wahlbeeinflussungen durch die Herrn Thielen untergeordneten Behörden, z. B. an den bekannten Erlaß der Eisenbahndirektion Hannover, der die Dienststellenleiter anweist, die nachgeordneten Beamten und Arbeiter mit Bezug auf die bevorstehenden Wahlen mündlich in geeigneter Weise darauf hinzuweisen, daß von ihnen die Ausübung des jedem Staatsbürger verfassungsmäßig zustehenden Wahlrechts in patriotischer Pflichterfüllung erwartet wird.“

Ein weiteres Beispiel Thielen'scher Arbeiterfreundlichkeit ist das Verbot der Koalition von Staatsarbeitern behufs Erlangung besserer Arbeitslöhne oder kürzerer Arbeitszeit oder des Anschlusses an Vereine, die die Regierung nur gezwungen duldet. Mühten doch die Angestellten des Direktionsbezirks Altona im Jahre 1897 bei drohender Disziplinarstrafe einen Reviers unterzeichnen, durch welchen sie sich verpflichteten, dem Verband der Eisenbahner Deutschlands nicht anzugehören, einem Verein, der die Erlangung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, Pflege der Berufsstatistik, Hebung des Standesbewußtseins, Förderung geistiger Interessen, Gewährung unentgeltlichen Rechtsschutzes und Unterstützungseinrichtungen als Programm aufgestellt hat. Auch das System der schwarzen Listen hat die Eisenbahnverwaltung gepflegt und Arm in Arm mit den Kühnemannern hat es die Arbeiter, die den Weltfeiertag begingen, auf eine Woche anzupörrern gewagt.

Ja, sogar aus Konsumvereinen hat Herr v. Thielen in seiner väterlichen Sorge für das Wohl seiner Angestellten die Arbeiter auszutreten gezwungen, wenn in dem Vorstande Socialdemokraten saßen. So eifrig behütete der Minister „seine“ Arbeiter vor der Werbung mit der Socialdemokratie.

In guter Erinnerung ist noch, wie v. Thielen sich den Interessen der Aktionäre der Großen Berliner Straßenbahn beim Streit des Fahrpersonals und bei der Verlängerung der Konzession über den Kopf der Berliner Gemeindeverwaltung hinweg angenommen hat. In Herrn v. Thielen fand der Kapitalismus jeder Zeit einen getreuen Helfer. Und doch! Wieviel hätte dieser Mann in seiner einflußreichen Stellung als Chef des größten Unternehmens leisten, welche Förderung hätte er der Socialpolitik in Preußen zu teil werden lassen können, wenn er nicht stets ängstlich darauf bedacht gewesen wäre, beileibe nicht den Profit der Privat-



Kapitalisten zu schmäleren, indem er ihnen mit gutem Beispiel vorangeht und sie veranlaßt hätte, diesem Beispiel zu folgen! Doch im Preußen der Junker, im Preußen des Dreifassenswahl-Unrechts ist eine solche verständige Politik unmöglich.

Als Nachfolger v. Thielens wird in erster Reihe Generalmajor a. D. v. Döbde genannt, der längere Zeit in der Militär-Eisenbahn-Verwaltung gearbeitet hat und in weiteren Kreisen durch die Vertretung des Mittelstandes aus militärischen Gesichtspunkten bekannt geworden ist.

## Deutsches Reich.

**Spätes Gekränktes.** Im Sommer 1890 besuchte der „Vorwärts“ die Kanalintigue des Reiches v. Jeddig-Neufeld auf. Während die preussische Regierung die Kanalvorlage im Abgeordnetenhaus durchzuführen sich mühte, stellte sich die „Post“ an die Spitze des konservativen Widerstandes gegen das verhasste Gesetz, dessen Einbringung auf einem Lieblingswunsch des Königs beruhte. Wir wiesen nach, daß der Verfasser der „Post“-Artikel sehr anders war als Herr v. Jeddig, vortragender Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, dann, durch Miquels Gunst, Präsident der Seehandlung. Jetzt gesteht Herr v. Jeddig zu, was schon stets sicher vermutet wurde, daß sein Verhalten im Kanalkampf durch Herrn v. Miquel selbst inspiriert und unterstützt worden ist; Herr von Miquel habe „in den Anfangsstadien des Kanalstreits den Wunsch zu erkennen gegeben, es möchten die sachlichen Gründe, von denen die Gegner der Kanalvorlage sich bestimmen ließen, in der Presse sachgemäßen Ausdruck finden“.

Diesem Wunsche des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, das die Vorlage eingebracht hatte, folgte Herr v. Jeddig mit solchem Eifer und Geschick, daß darüber die Vorlage der Regierung zum nächsten Scheitern gelangte. Leider brachte der „Vorwärts“ einen Mißton in das reizvolle Spiel und veranlaßte, daß selbst Miquel den Obersten der Kanalrebellen nicht mehr gegen die Entlassung aus dem Amte zu schützen vermochte.

## Klerikale Weltanschauung.

Die Kärntener Heiligensfahrt, die jetzt ihren Anfang nimmt, soll mit einer großen Ausdehnung religiöser Reliquien verbunden werden. In den vom Kollegiat-Bischof zum Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Bestimmungen heißt es:

Mittwoch, den 9. Juli, nachmittags um 3 Uhr, wird die Eröffnung und erste Vorehrung, Donnerstag, den 24. Juli, nachmittags um 4 Uhr, die Wiedereröffnung der großen, nur jedes siebente Jahr öffentlich vorzunehmenden Heiligentümer in der herkömmlichen feierlichen Weise vorgenommen werden. Diese Heiligentümer sind: a) Das Kleid der allerheiligsten Jungfrau Maria. b) Die Wunden des Herrn. c) Das Leinwandstück des Herrn. d) Das Tuch, worin der Leib des heiligen Leufers Johannes nach seiner Enttäuflung gelegen. — Vom 10. bis zum 24. Juli einschließlich werden täglich, jedoch bloß morgens zwischen 9 bis 10 Uhr, im Olofen diejenigen Kranken mit den Heiligentüchern berührt, welche am vorhergehenden Nachmittage nur zwischen 4 bis 6 Uhr in dem Hofe des Klosterröden (Drachenloch), Klosterstraße 13, unter Vorlegung einer schriftlichen, mit dem Pfarrsiegel versehenen Empfehlung ihrer Seelsorger die erforderlichen Einlasskarten in Empfang genommen haben. Von 10 bis 12 Uhr morgens werden die Heiligentümer auf der Turmgalerie (also von der Stadt aus sichtbar) und an den übrigen in der Nähe befindlichen bekannten Stellen öffentlich zur frommen Verehrung vorgezeigt. Von 1 bis 3 Uhr nachmittags sind die Heiligentümer im Chor zur Anschauung und Verehrung der prozessionsweise durch das Kloster ziehenden Gläubigen ausgelegt. Die Gläubigen können, während sie an den Heiligentüchern vorbeiziehen, den diensttunenden Geistlichen geeignete Gegenstände übergeben, damit diese daran angereicht werden; ein störender Aufenthalt darf indes hierdurch nicht verursacht werden. — Die pünktliche Beobachtung der vorgezeichneten Ordnung, mithin auch willige Folgsamkeit gegen die mit der Handhabung derselben betrauten Geistlichen und Polizeibeamten, wird von allen mit Inverstand erwartet, auf daß die religiöse Feier zur höchsten Verherrlichung Gottes und zur allgemeinen Erbauung in würdiger Weise begangen werde. Seine Heiligkeit Papst Leo XIII. haben allen Gläubigen, welche während der Heiligensfahrt nach würdigen Empfang der heiligen Sakramente die gewöhnlichen Ablasshefte in der päpstlichen Vertheilung, einen vollkommenen Ablass bewilligt.

Freilich, Menschen, die in derartigen Reliquienwahn dunkelsten Mittelalters noch befangen sind, sind in der geeignetsten Geistesverfassung auch zur stummen Duldung jeglicher sozialen Unterdrückung.

**Polnische Absage an den Kaiser.** Der Schlachtenmaler Adalbert v. Rossal wurde von den polnischen Blättern heftig angegriffen, weil er angeblich der Festlichkeit auf der Marienburg beigewohnt und die Rede des Kaisers gegen den „polnischen Leberwurst“ ruhig angehört habe. Rossal erklärt nun, wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, daß diese Angriffe ungerathen seien; er habe sich trotz der Einladung des Kaisers nicht nach der Marienburg begeben und sei an jenem Abend in Berlin in Gesellschaft polnischer Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Reichstages gewesen. Er werde aber bald Berlin ganz verlassen, da die Situation in der deutschen Reichshauptstadt für ihn unmöglich geworden sei.

Centrumsblättern wird aus Rosen gemeldet: Dieser Tage hätten dort eine größere Anzahl Vertreter des polnischen Adels aus den verschiedensten Theilen der Provinz eine Besprechung gehabt, um sich darüber schlüssig zu werden, wie sich der polnische Adel bei der Anwesenheit des Kaisers zu verhalten habe. Die Vertreter einigten sich schließlich dahin, daß diejenigen polnischen Adligen, welche Würden und Aemter bekleiden, sich bei den Kaiserfesten in Rosen einzufinden haben, desweitest der Vicemarschall des Provinziallandtages und ähnliche Würdenträger, ferner diejenigen Polen, welche den Kammerherrenstitel haben usw. Der übrige Teil des polnischen Adels aber würde während der Kaiserfesten in der Provinzialhauptstadt nicht erscheinen.

Wegen Mißhandlung hatten sich am Freitag die Unteroffiziere Beth und Radday von der 9. Compagnie des 2. Garde-Infanterie-Regiments vor dem Kriegesgericht der 1. Garde-Infanterie-Division zu verantworten. Unteroffizier Beth ließ, sobald ein Mann seiner Skorpionschaft sich irgend einen kleinen Fehler im Dienst hatte zu Schulden kommen lassen, seine Wut an dem Betreffenden dadurch aus, daß er ihn in der Stube obrschlug. Es wurden gestern nicht weniger als 26 derartiger Mißhandlungen nachgewiesen, während kein Kollege Radday die Untergebenen damit peinigte, daß er sie „Gewehr trocken“ ließ. Der letztgenannte Unteroffizier entschuldigte sich damit vor dem Kriegesgericht, daß er angab, er habe diese Strafe verfügt, damit er nicht nöthig habe, die Leute dem Hauptmann zu melden, welcher sie dann gewiß strenger bestrafen würde. Das Gericht schenkte jedoch Herrn Radday als Erziehler keinen Glauben, verurteilte ihn vielmehr zu fünf Tagen Mittelarrest. Schlimmer kann der Unteroffizier Beth davon, welcher mit drei Wochen Mittelarrest bestraft wurde. Als strafmildernd wurde angenommen, daß Beth bisher unbestraft und von recht guter Führung ist, strafschärfend sei jedoch die große Anzahl der Mißhandlungen, die sich v. h. habe zu Schulden kommen lassen, und daher hätte von gelindem Arrest abgesehen werden müssen.

## „Staatswerke.“

München, 11. Juni. (Sig. Ber.) In der Abgeordneten-Kammer kam es bei der Beratung des Etats der Bergwerke zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung. Abg. Dr. v. Haller (Soz.) interpellirte zunächst den Finanzminister über das Verhältnis der bayerischen Staatsguben zu der glänzenden prosperierenden Oberbayerischen Kohlenbergwerks-Aktiengesellschaft. Der Minister gab zu, daß mit dieser Aktiengesellschaft, die in Südbayern ein förmliches Monopol besitzt, eine Abzweigung des Abzweigungsgebietes vereinbart ist. Er konnte ferner nicht in Abrede stellen, daß die Staatswerke in der Zeit der akuten Kohlennot die Preisbewegung mitgemacht haben und zwar zu einer Zeit, da im Gesamtministerium über Maßregeln zur Verhinderung der Kohlennot beraten wurde. Zur Entschuldigung wurde angeführt, Bayerns staatliche Kohlenproduktion sei zu klein, als daß ein Festhalten an dem niedrigen Preise die Preisbildung auf dem Kohlenmarkt irgendwie beeinflussen könne.

Bei der Besprechung der Arbeiterangelegenheiten der Staatsgruben besprach Abg. Ad. Müller (Soz.) die Entlassung der beiden Vorsitzenden des Arbeiterausschusses in der Staatsgrube Weissenberg und das Verhalten des dortigen Betriebsleiters, des Bergmeisters Struchl. Dieser Beamte, ein Protektionist, sagte die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Bestimmungen des neuen Berggesetzes offenbar als persönliche Kränkung auf und versuchte, den erst nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten gewählten Arbeiterausschuß an der Erfüllung seiner gesetzlichen Funktionen zu hindern. Da sich aber die Arbeiter absofort nicht einschüchtern ließen, so wurden die beiden Vorsitzenden des Ausschusses einfach auf die Straße geworfen. Diese Geschehnisse, die auch in bürgerlichen Kreisen die heftigste Entrüstung erregten, kritisierte Genosse Müller mit solcher Schärfe, daß die als Regierungskommissäre anwesenden alten Herren von der Bergverwaltung sichtlich vor Wut bebten. Der Minister aber vergriff sich ganz und gar und redete von „gemeinen Denunziationen“. Das gab dann Müller Veranlassung, alle Rücksichten aus dem Spiel zu lassen und nun auch die persönlichen Qualitäten des talentvollen Bergmeisters vor der Öffentlichkeit in seiner sarkastischen Art zu besprechen. Das Vorgehen der Regierung fand auch bei den bürgerlichen Parteien keinen Fürsprecher.

Angesichts dieser Situation zog es der Minister vor, andere Seiten aufzuziehen. Er gab zunächst die Erklärung ab, es habe ihm vollständig fern gelegen, einen Abgeordneten beleidigen zu wollen und gestand dann zu, daß Dinge passiert seien, die er in gar keiner Weise sachlich entschuldigen oder verteidigen könne, doch habe er als Minister die Pflichten, das zu Gunsten seiner Beamten anzuführen, was diese persönlich einigermassen entschuldigen könne. Er habe im übrigen bereits Anordnungen getroffen, daß die Kompetenz der Arbeiter-Ausschüsse, sowie auch das Koalitionsrecht der Arbeiter in gar keiner Weise mehr angefaßt werden dürfe. Den schuldigen Beamten seien für den Wiederholungsfall die ernstesten Folgen angedroht worden.

So endete also diese Affaire mit einer vollständigen Blamage der bayerischen Berg-Verwaltung.

Eine Petition der Bergarbeiter um gesetzliche Einführung des Achtstundentages wurde der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben. Der Minister des Innern meinte dazu, er könne dieser Petition eine Folge nicht geben, denn Bayerns Bergbau sei viel zu gering, als daß ein „so bahndrechendes Vorgehen“ gerechtfertigt erscheine.

München, 13. Juni. Die Abgeordneten-Kammer nahm nach lebhafter Debatte den besonders umstrittenen Merkmalisierter Simultanhaul-Paragraphe des Schulbedarfs-Gesetzes in der Fassung des Beschlusses der Kammer der Reichsräte an. Für denselben stimmten das Centrum und die meisten Mitglieder der freien Vereinigung, dagegen stimmten die Liberalen und die Sozialdemokraten.

## Ausland.

### Dampfersubventionen.

London, 10. Juni.

Die lebhaften Diskussionen, die der Gründung des internationalen Schiffsverkehrs folgten, führten bekanntlich zur Einsetzung einer parlamentarischen Specialkommission, um besonders die Frage der Dampfersubventionen zu untersuchen. Letzte Freitag und heute nachmittags wurde der bekannte englische Staatsminister Sir Robert Giffen von der Kommission vernommen. Sie wollte seine Meinung hören: 1. über die Wichtigen der ausländischen Dampfersubventionen auf die englische Schifffahrt; 2. über die geeigneten Maßregeln, die England zur Aufrechterhaltung seiner Handelsmarine zu ergreifen hätte.

Nach den sehr interessanten Ausführungen Giffens ist die englische Schifffahrt aufs erwiesene gefährdet. Sie ist gefährdet durch den unlauteren (unfair) Wettbewerb, dem England mit den gewöhnlichen Mitteln der Selbsthilfe nicht bekommen könnte. Im Zeitraum von 1895 bis 1900 ist der Schiffsverkehr in englischen Häfen um 20 Millionen Tonnen gestiegen; davon gehörten drei Viertel dem Auslande. Im selben Zeitraum stieg der ganze ausländische Schiffsverkehr um 100 Proz., der englische nur um 10 Proz. — Die Schiffsverordnungen der Amerikaner werden zur Ablenkung des Handels von britischen Häfen führen. Obwohl diese Schiffe noch unter fremder Flagge verkehren, so hat doch die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, sie sei bereit, die Interessen der amerikanischen Schiffsbesitzer zu verteidigen. Die von Morgan erworbenen englischen Dampferlinien sind hauptsächlich als amerikanische zu betrachten. — Der Norddeutsche Lloyd hat im selben Zeitraum seinen Schiffsverkehr mehr als verdoppelt. Seine Flotte hält beinahe 600 000 Tonnen. Diese Zunahme ist ohne Zweifel den Subventionen zuzuschreiben. Die deutsche Handelsmarine steht praktisch unter Leitung der deutschen Regierung und bildet einen Teil der deutschen Flotte. Diese subventionierten Dampfer machen sich die englische Handelsfreiheit zu nütze und verkehren zwischen England und seinen Kolonien: zwischen Southampton und Singapore, Melbourne, Sydney; zwischen Singapore und Hongkong, Brisbane und Adelaide. Das heißt, subventionierte Dampfer, die einen Teil der deutschen Flotte bilden, leben vom britischen Handel. Die Frage ist also nicht nur eine ökonomische, sondern eine politische. Es sind gerade die schiff-fahrenden Nationen, die uns mit Krieg begehren werden.

Giffens Vorschläge lauten darauf hinaus, England möge auch zu Subventionen greifen und den subventionierten Dampfern des Auslandes den Verkehr in englischen Häfen möglichst erschweren.

Rom 13. Juni wird aus London gemeldet:

Das anglo-kanadische Dampfer-Abkommen gilt als gesichert auf Grund von Beratungen zwischen den Vertretern der Regierung und Kanadas einerseits und den beteiligten Reedern andererseits. Die zu zahlende Subvention soll 30—40 Millionen Mark jährlich betragen, deren genaue Festsetzung noch von der Quote abhängt, welche England endgültig übernimmt. Die kanadische Regierung erbot sich, nach derselben Quelle, ihrerseits 15 Millionen Mark jährlich beizusteuern, falls die britische Regierung ihrerseits 25 Millionen übernehme, während diese angeblich nur die Hälfte der Gesamtsumme zuschießen will.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Ein neues Preßgesetz.

Unsre gestrigen Mitteilungen über das neue österreichische Preßgesetz werden durch folgende Wiener Korrespondenz ergänzt: Inmitten einer förmlichen Obstruktionssitzung hat Herr v. Koberer dem österreichischen Abgeordnetenhaus und noch mehr — denn die stumpfsinnige Abgeordnetenherde interessiert sich nur für

den Schacher hinter den Coulissen — der politischen Öffentlichkeit eine große Ueberraschung bereitet: Die Regierung legte dem Entwurf eines neuen Preßgesetzes vor. Herr v. Koberer hat diese Reform schon in der Thronrede, mit der der Reichsrat vor fünfviertel Jahren eröffnet wurde, versprochen und dieses Versprechen seither wiederholt erneuert; dennoch wirkte die Einlösung wie eine echte Sensation. Die Ueberraschung war um so angenehmer, als der Entwurf durchaus freireimigen, modernen Geistes zeigt. Allerdings war das nicht schwer, denn das österreichische Preßgesetz, das aus dem Jahre 1868 stammt, ist eine Sammlung der größten Unsumfährten, und es konnte nur reformiert werden, indem es von Grund aus neugeschaffen wurde. Der Entwurf trägt vor allem der großen Verwirrung der österreichischen Journalistik Rechnung: das sogenannte objektive Verfahren, das Verbot der Weiterverbreitung eines Inhalts ohne persönliche Verfolgung des Täters, wird gänzlich abgelehnt. Die polizeiliche Beschlagnahme wird auf einige schwere Delikte begrenzt (Majestätsbeleidigung, Hochverrat, Gotteslästerung, Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit, das Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Spionage und Anstiftung zu einem Verbrechen, wenn die Gefahr dessen Verhütung vorliegt), sie unterliegt der gerichtlichen Bestätigung, bei deren Verlangen die Pflicht des Staates eintritt, den Schaden zu ersetzen. Die Jurisdiktion über strafbare Handlungen durch die Presse verbleibt den Gerichten vorzuziehen; nur die Ehrenbeleidigungen werden dem Bezirksgerichte überlassen. Doch wird die Strafe für sie wesentlich gemildert; anstatt, wie bisher, Vergehen werden sie jetzt Uebertretungen, und die Strafe wird mit sechs Monaten Arrest begrenzt. Die Colportage, die jetzt in Oesterreich in jeder Art und streng verboten, wird freigegeben. Der verantwortliche Redacteur wird nicht als Thäter präsumiert, sondern haftet nur für die Vernachlässigung der pflichtgemäßen Sorgfalt. Das Verzeihungsverfahren, in Oesterreich eine wahre Landplage für die Zeitungen, wird zu Gunsten der Presse eingeschränkt. Neu ist auch die Bestimmung, daß ausländische Zeitungen in Oesterreich verboten werden können; bisher konnte nur ein Verbot gegen die einzelne Nummer erlassen werden, doch erzielte man freilich den Mangel des allgemeinen Verbots mit der bekannten Entziehung des Postdebites, die im Effekt auf dasselbe hinausläuft. Der Entwurf macht durchaus den Eindruck der Aufrichtigkeit: was er geben will, giebt er, was er verweigern zu müssen glaubt, verweigert er. Poststrafe oder Unbestimmtheiten, aus denen sich in der Praxis Schikanen entwickeln könnten, sind ihm ganz fremd. Er ist, trotz vieler Mängel und Jaghaftigkeiten, ein modernes, geradezu europäisches Preßgesetz, das Herr v. Koberer Oesterreich geben will.

Der Entwurf hat auch politische Absicht und er hat sie rasch erreicht. Gestern wurde das Haus von rechts und links obstruirt — die Junggeheuen gegen die Fahrartensteuer, die Altschulden gegen einen Vertrag, den der Staat mit der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft abschließen soll — aber heute hat sich das politische Wetter vollständig geklärt. Noch zwei Obstruktionssitzungen sind die Dringlichkeitsanträge zurückgezogen worden und die Verhandlung der Tagesordnung geht unbehindert weiter. Gegen den Minister, der erste Reformen vorschlägt, kommen die hin- und herrotzenden Parteien nicht auf.

### Frankreich.

#### Die Urteile der Presse über das neue Ministerium.

Paris, 13. Juni. Nach Mithingstellung des Abstimmungs-ergebnisses ist die Vertrauensfrage gestern in der Deputierten-Kammer mit 309 gegen 117 Stimmen angenommen worden. 149 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung, darunter fast alle gemäßigten Republikaner und alle Sozialisten. (3)

Die radikalen Blätter weisen mit Befriedigung auf die Mehrheit hin, die das Kabinett gefunden hat, und erklären darin ein Anzeichen, daß die neue Deputierten-Kammer entschlossen sei, für den Fortschritt und die Durchföhrung von Reformen einzutreten. Die sozialistisch-radikalen und sozialistischen Blätter finden, daß der Ministerpräsident sich zu sehr auf den gemäßigtesten Flügel der republikanischen Mehrheit stützen wolle. Die Radikalen und Sozialisten hätten der Regierung gleichwohl ihr Vertrauen votiert; aber der Kredit, den sie ihr gewähren, werde nicht unbegrenzt sein. Der Ministerpräsident möge bedenken, daß sein Amt nicht eine philosophische Lehrkanzeln sei, sondern daß regieren gleichbedeutend sei mit Handeln. Die nationalistischen und konservativen Organe greifen Jaures wegen der Etsch-Verhörungen betreffenden Stelle seiner Rede sehr scharf an.

### Spanien.

Die Ursache der Verzerrung. Aus Madrid wird der „B. Z.“ berichtet: Die von der Regierung vorgenommene Föhlung der religiösen Genossenschaften, Bruderschaften usw. führte zu sehr bemerkenswerten Ergebnissen. Danach beläuft sich die Zahl der religiösen Genossenschaften in der Provinz Valencia auf 84, in Sevilla auf 103, Granada 153, Valencia 156, Madrid 168, Valladolid 170, Guipuzcoa 250, Barcelona 420, Castellon 459, Navarra 600, zusammen 2690 für zehn Provinzen. Die Daten von sieben der 49 Provinzen Spaniens fehlen gänzlich. Für die übrigen 42 Provinzen wird die Zahl der Genossenschaften auf rund 6000 mit 60 000 Mönchen und Nonnen veranschlagt. Die Gesamtzahl für Spanien dürfte 100 000 erreichen, da drei Orden, die durch das Konordat besonders geschützt sind, nicht eingeschrieben sind und viele Klöster zudem unrichtige Zahlen angegeben haben.

### Italien.

#### Kommunalpolitik.

Rom, 10. Juni. Die wirtschaftspolitische und soziale Verhältnisse der italienischen Städteverwaltungen hat neuerer Zeit einen bemerkenswerten Aufschwung genommen, und zwar hauptsächlich auf Anregung der Volksparteien (Socialisten, Republikaner und Radikalen). So haben viele Gemeinden den unentgeltlichen Jurid in den Schulen eingeföhrt, die Gasbeleuchtung municipalisirt, die Hospitäler in weltliche Hände übergeföhrt, den Betrieb in Kommunalverwaltung übernommen, die elektrische Straßenbahn von den Privaten abgelöst usw. Mailand hat sich speziell dem Gesundheitswesen der Arbeiter zugewendet; es wurde ein Reglement erlassen, das allen Industriellen vorgeschreibt, ihre Etablissements mit Speiseraum, Waschelegenheit und Garderobe für die Arbeiter zu versehen, ferner eine kleine Apotheke für Unglücksfälle einzurichten; die Kommune erteilt außerdem dem Bürgermeister den Auftrag, vermittelst der Sanitätsbeamten die Dauer und Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit in den industriellen Etablissements und Werkstätten zu überwachen. Schließlich hat die Stadt Mailand die Gründung eines Instituts in Angriff genommen, welches dem Studium der Arbeiterkrankheiten gewidmet ist.

Aber die Thätigkeit der italienischen Gemeinden wird nicht nur im Süden durch die Camorra, sondern auch durch legislative Maßregeln gehindert, welche unter dem Vorwande des Säuzes öffentlicher Gelder getroffen worden sind. Um, nun die Kommunalpolitik freier und unabhängiger zu gestalten, hat der Minister des Innern, Giolitti, einen Gesetzentwurf betreffend die Municipalisation der öffentlichen Dienste eingebracht. Obgleich dieser Gesetzentwurf eine sehr beschwerliche staatliche Kontrolle vorsieht, so bedeutet er doch einen wichtigen Schritt vorwärts; er räumt den Gemeinden die Municipalisation ein von Wasserleitungen, privater und öffentlicher Beleuchtung, Kanalisation und Verwendung der Dampfkessel, Straßenbahnen mit Tier- oder mechanischem Betrieb, Telephon, Apotheken, Straßenreinigung, Leichtentransport, Normalbädereien, Fleischwägen, Märkten, Bädern und Waschanstalten, Kassen für Obdachlose, Omnibusse und Automobile, Fried- und Wasserkränen, Platanen, Straßen-Überwachungsanstalten von Kais zc. zc. Die betreffende Kommission der Kammer, der dieses Gesetz vorliegt, macht den Vorschlag, auch die Kriegskraft zu municipalisieren, die aus der elektrischen Energie oder aus der Wasserkraft gewonnen wird, aus jener weisen Kohle, auf die nun so viele Hoffnungen Italiens gesetzt sind.

Um ferner die Teilnahme der Bürger am kommunalen Leben lebhafter zu gestalten, hat der Abg. Sacchi einen Gesetzentwurf bezüglich des kommunalen Referendums eingebracht.



für das schon Experimente seitens einiger demokratisch-socialdemokratischer Regierungen vorliegen, so in Crema, Mantua, Parma, Mailand, Oreglia, Castel Bolognese etc. Dieses Referendum soll unter anderen Angelegenheiten den städtischen Zuschuß für das Theater, den Stundenplan der Schulen, die Ablösung des Detours u. a. m. betreffen.

### England.

**London, 13. Juni.** In politischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß das letzte Parlament, welches über die Frage des Krieges gewählt worden ist, den Friedensschluß nicht überdauern könne. Man sieht auch bereits Anzeichen, daß die Regierung sich mit dem Gedanken von Neuwahlen trägt. Die liberalen und konservativen Vereine in der Provinz sind angewiesen worden, von den neu eingeschriebenen Wählern Kenntnis zu nehmen.

Wie verlautet, werden Louis Botha und De Wet nach den Krönungsfeierlichkeiten London besuchen. Für die Heimführung der auf der Insel St. Helena internierten Boeren ist von der Regierung bereits ein Dampfer nach St. Helena beordert worden.

Aus Pretoria wird vom 11. Juni gemeldet: Bis heute haben sich 11 022 Boeren ergeben.

### Affien.

Aus Armenien gelangen fortwährend Mitteilungen an die in West-Europa lebenden Armenier, die beweisen, daß die furchtbaren Bedrückungen, denen das armenische Volk ausgesetzt ist, ohne Unterlaß fortwähren. Aus Rusch, einem der Hauptstädte türkischer Gebiete, wird geschrieben:

Die hiesige Regierung plant wiederum, mit großen Militärangriffen gegen die armenische Bevölkerung vorzugehen. Die Ursache ist wie so oft, daß die Bevölkerung die maßlosen Steuern, die man ihr auferlegt, nicht bezahlen kann. Man soll sie mit Gewalt und Mißbrauch eingetrieben werden. Märschen (Kommandierende von 50 Soldaten) Hadji Alahverdi-Effendi ist persönlich in den Dörfern und in jedem Dorfe bleibt er 1 bis 2 Tage und verlangt 5 bis 10 000 Piaster. Sobald er in ein Dorf kommt, läßt er durch die Soldaten sämtliche Männer und Frauen auf einen Dausen treiben und zwingt sie, sich vollständig zu entkleiden, läßt sie mit kaltem Wasser begießen, darauf mit Gersten jedem 30 bis 50 Hiebe schlagen, bis sie alle bewußtlos zu Boden fallen. Nachher beginnt das Steuerammeln; die Unglücklichen müssen, in einem Tage, alles was sie noch besitzen, schämigst verkaufen. Die Steueramtler, in welchem Dorfe sie auch sind, haben in ihrer Begleitung Fleischer, und wenn ein Bauer noch eine Kuh oder ein Schaf besitzt, so wird er gezwungen, sie um jeden Preis zu verkaufen, der Ertrag wird als Steuer mitgenommen. Man nimmt dem Landarbeiter das menschliche Vieh, wenn sollen diese nun ihr Land und Boden bearbeiten? In der Stadt kann man das Brillenhandwerk nicht so leicht betreiben; aber demjenigen, der kein Geld hat, werden sämtliche Möbel, Betten, das Getreide für die tägliche Nahrung und alles mit Gewalt verkauft und wenn in dieser Weise die Steuerrechnung noch nicht erledigt wird, so wirft man die Armenigen in das Gefängnis, wo augenblicklich mehr wie 100 Leute wegen der Steuern sitzen. — Im Dorfe Harboze wurde ein mit dem Namen Karo bekannter wohlhabender Armenier durch den Bedienten von Kurd Hadji-bey erschossen; der Grund lag nur darin, daß der Betroffene wohlhabend war; wie oft, wenn dieser Hadji-bey von ihm etwas gewünscht hatte, sei es Getreide, Geld oder Vieh, hatte er es gegeben; aber in diesen letzten Tagen antwortete er auf das Verlangen von Hadji-bey, daß er augenblicklich nichts geben könne, später würde er geben; so wurde er einfach auf den Befehl von Hadji-bey totesgeschossen; die im Dorfe anwesenden Soldaten haben den Körper ruhig davon laufen lassen.

Im vergangenen Herbst wurden von der türkischen Bevölkerung unter dem Namen Djan-Basar Märdertänze gebildet, die in den bei Rusch gelegenen Dörfern 30—40 Mordthaten begingen und viele Häuser plünderten; jetzt ist die Zahl ähnlicher Vorfälle in unfer Stadt noch vergrößert. Auch die Kurden drohen, daß sie die Feindseligkeiten und Ueberfälle wieder beginnen werden. Tatsächlich ist die ganze armenische Bevölkerung wiederum in der größten Angst. Die türkische Regierung schickt die Unglücklichen nicht nur nicht, sie verliert selbst die schlimmsten Ungerechtigkeiten. Wegen des Kalil-Ba aus Sossun, der in der Gegend von Rudog getötet wurde, sind 40—50 Armenier im Gefängnis, von denen manche bereits seit 1 1/2 Jahren auf das Verhör warten; erst jetzt wurde das Verhör begonnen. Es ist offenbar, daß alle unschuldig sind, aber sehr wahrscheinlich werden diejenigen, die arm sind und kein Geld haben, um die Richter zu bestechen, zum Tode verurteilt, und diejenigen, die etwas besitzen, mit leichten Strafen davonkommen.

**Russisch-englischer Konflikt in China.** Den „Times“ wird aus Peking vom 12. Juni gemeldet: Rußland verharret bei seinem Einspruch gegen das Eisenbahnabkommen mit England und verweigert die Ratifikation des Mandchurien-Vertrages, wenn das Abkommen nicht geändert wird. Das chinesische Auswärtige Amt will sich mit Zustimmung des englischen Gesandten bemühen, den russischen Einwänden zu begegnen.

**Rußlands Vordringen nach Persien.** (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Sicherem Vernehmen nach wird Anfang nächsten Jahres der Bau einer Eisenbahnlinie in Angriff genommen werden, welche von der Station Muzhantsch an der Bahnlinie Alexandropol-Ertivan nach Nivrach an der persischen Grenze unweit des Grenzübergangspunktes Schach Tachy führt. Es wird beabsichtigt, späterhin die Bahn von Schach Tachy über Choj Urmia nach Tabriz weiter zu führen.

## Aus Industrie und Handel.

### Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Wie wenig nachhaltig die Frühjahrserhebung im deutschen Gewerbe gewesen ist, ergibt der Umstand, daß schon im Monat Mai wieder ein erheblicher Rückgang des Beschäftigungsgrades eingetreten ist. Dieser zeigt einen ungünstigeren Stand als der entsprechende Monat des Vorjahres, in dem die Wirkungen des wirtschaftlichen Niederganges gerade in ihrer ersten Schärfe zum Ausdruck gelangten. Wenn damals die Zunahme der beschäftigten Arbeiter nach den Mitglieder-Ziffern der Krankenkassen um nur 0,4 Proz. als ein für den Herbstmonat Mai ganz auffallend niedrige Ziffer galt, ist sie in diesem Jahre nach der Statistik der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ nicht nur nicht höher, sondern bleibt sogar noch dahinter zurück (0,2 Proz.). In manchen Gegenden hat eine direkte Abnahme der Beschäftigten stattgefunden, so namentlich in der Schneiderei und Hutmacherei, im Brauereigewerbe und in manchen Zweigen der Metallindustrie, im Bergbau und im Hochofen-Vertriebe. Daß aber auch in solchen Gewerben, in denen eine Zunahme stattgefunden hat, der Beschäftigungsgrad vielfach flau sein muß, geht daraus hervor, daß die Zunahme im entsprechenden Monat des Vorjahres bedeutend größer war, als in diesem Jahre. So zeigt das Baugewerbe zwar in einigen Städten einen zweifellos günstigen Stand. Aber München und Stuttgart, deren Bau-Krankenkassen eine Zunahme um 0,3 und 3,0 Proz. zeigen, sind gleichwohl im Rückgang gegenüber den Zunahmeziffern des vorjährigen Mai (0,8 und 11,8). Auch im Textilgewerbe ist die Aufnahmefähigkeit für Arbeiter gesunken. Das allgemeine Gepräge des Arbeitsmarktes hat sich besonders ungünstig in den größten Städten verändert. In einigen ist eine absolute Abnahme der Beschäftigten eingetreten; so in Berlin, München, Dresden. Wo eine Zunahme stattgefunden hat, ist sie meistens geringer als im entsprechenden Monat des Vorjahres, so in Stuttgart, Leipzig, Frankfurt a. M. und Stralsburg. Die Folge dieser Verschlechterung des Arbeitsmarktes

kommt in dem unverändert starken Anschwellen des Angebotes an den öffentlichen Arbeitsnachweien deutlich zum Ausdruck. Während im Vorjahr auf je 100 offene Stellen 145,1 Arbeitssuchende kamen, waren es im Monat Mai d. J. nicht weniger als 172,0. Der Andrang ist auf dem Arbeitsmarkt der männlichen Arbeiter wieder so gestiegen, daß auf 100 offene Stellen schon 224,3 Arbeitssuchende kommen (gegen 177,9 im Vorjahre). Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes von einem Monat zum andern springt demnach in die Augen, daß die vielfach aufgetretene Jubelstimmung, die Krise möchte schon überwunden sein, durch diese neue Wendung hinfällig geworden ist. Mit den Mal-Anstößen der Krankenkassen und Arbeitsnachweise ist die Signatur des Beschäftigungsgrades bis in den Herbst hinein in der Hauptsache für den gewerblichen Arbeitsmarkt festgelegt. Daß der städtische Arbeitsmarkt in dem Maße überlastet bleiben müsse, ist damit festlich noch nicht gesagt. Eine Entlastung durch Abwanderung auf das Land hin ist seit einigen Monaten vereinzelt im Gange und kann mit Zunahme der landwirtschaftlichen Arbeiten an Umfang gewinnen.

**Die preussische Eisenbahn-Verwaltung** wird ihren Schienen- und Schwellenbedarf wieder dem Syndikat übertragen. Der Abschluß ist ein für das Syndikat überaus günstiger, denn die Eisenbahn-Verwaltung zahlt für die Lanne Schienen 116 M., für Schwellen 106 M. Gegen die alten Abmachungen ist ein Preisrückgang von 2 M. eingetreten. Bei der ungünstigen Geschäftslage ein sehr geringer Abschlag.

**Die Arbeiter-Maschinen in Aht** hatte im Jahre 1901 einen Reingewinn von 15 535,16 Fr. Es wurden innerhalb der letzten vier Jahre 22 899 808 Flaschen produziert und 21 620 018 Flaschen im Werte von 2 347 844,30 Fr. verkauft. 1901 allein belief sich die Produktion auf 7 045 487 Flaschen. Der Geschäftsbericht bilanziert mit 1 161 862,97 Fr.

**Englands Außenhandel.** Für den Monat Mai beträgt die Einfuhr 43 353 706 Pfd. Sterl., gegen das Vorjahr ein Mehr von 226 946 Pfd. Sterl. Die Ausfuhr belief sich auf 22 891 974 Pfd. Sterl., sie ist gegen das Vorjahr um 504 588 Pfd. Sterl. zurückgegangen. Den schwersten Verlust hat die Kohlenausfuhr erlitten, die allein einen Rückgang von 674 287 Pfd. Sterl. aufweist, dagegen hat sich der Export von Maschinen um 216 625 Pfd. Sterl. gehoben. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres die Einfuhr um 1 410 976 Pfd. Sterl. gestiegen, die Ausfuhr um rund 2 Mill. Pfd. Sterl. zurückgegangen.

**Der amerikanische Schiffbau** ist nach einer Meldung aus New York zu stande gekommen. Der Trust umfaßt acht große Firmen und verfährt über ein Kapital von 20 Millionen Dollar, in welche 16 Millionen Bonds nicht eingerechnet sind. Wie verlautet, beabsichtigt die Gesellschaft, auf Staten-Island das größte bisher gebaute Trockendock anzulegen. Wie die „Hamburger Börsenhalbe“ mitteilt, schätzte man in der Mitte des vorigen Jahres das in der amerikanischen Schiffbau-Industrie angelegte Kapital auf etwa 68 Mill. Dollar und die Zahl der darin direkt beschäftigten Arbeiter auf etwa 46 000. Die damals — Juni 1901 — vorliegenden Aufträge auf den amerikanischen Werften umfaßten 89 Fahrzeugen für die Handelsmarine von zusammen 355 645 Tonnen und 71 Fahrzeuge für die Kriegsmarine von zusammen 281 148 Tonnen, zusammen also 155 Fahrzeuge von 488 700 Tonnen, die einen Bauwert von rund 78 Millionen Dollar hatten. Zum Vergleich sei ferner mitgeteilt, daß der amerikanische Schiffbau, den an den Gestirnen der großen Seen mitgerechnet, im Fiskaljahre bis 30. Juni 1901 etwa 488 000 Tonnen produzierte, während der deutsche nach der Statistik des Bureaus Veritas 1901: 100 393 Tonnen Registerbrutto, der englische 1 697 240 Brutto-Tonnen lieferte. Die Statistik des Germanischen Lloyd giebt für Deutschland einschließlich der Kriegsschiffe eine Ziffer von 291 708 Tonnen, und dieser zu Folge blieben Ende 1901 auf deutschen Werften 347 270 Tonnen im Bau.

## Bewerkschaftliches.

### Der Streik bei der Firma Markert Nachf. (Inh. von Mendel-Steinfeld)

beschäftigte am Donnerstag das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragten die Vertreter der Streikenden, daß Cohen, Vorsitzender der hiesigen Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes, als Vertreter der Arbeiter mit zugelassen werde. Die Vertreter der Firma lehnten dies ab. Der Vorsitzende Dr. Leo erklärte, daß die Hinzuziehung Cohens als eines Unbeteiligten gesetzlich nicht zulässig sei.

Der Grund des Streiks wurde in folgender Weise vorgetragen: Die Arbeiter hatten mit dem Werkführer vereinbart, daß für das Zusammenfahren von 100 Fahrradlaternen 30 M. bezahlt werden. Bald nach dieser Vereinbarung wollte der Meister jedoch nur noch 25 M. geben und als die hierauf stattgefundenen Verhandlungen zu keinem Resultat führten, legten die Arbeiter die Arbeit nieder, da sie für den angebotenen Preis die Arbeit nicht machen konnten. Gegenüber diesem von einem der beteiligten Arbeiter vorgetragenen Sachverhalt erklärte der Werkführer, daß die 30 M. nicht als fester Preis gelten, sondern nur 21 M. feststehend seien, während die 9 M. eine Vergütung darstellten. Davon wollten die Arbeiter aber nichts wissen. Sie behaupteten, die 30 M. stellten den vereinbarten Lohn dar. Schließlich kam eine Einigung auf folgender Grundlage zu stande:

Es werden nicht unter 200 Laternen in Arbeit gegeben. Die Unterkosten werden gestont, die Schugblöcke einmal mehr ausgetrennt. Das macht eine Arbeitszeiterparnis von 10—12 Stunden pro 100 Laternen. Für diese zu verringerte Arbeit wird pro 100 Laternen 26 M. 50 Pf. bezahlt.

Dieser Vorschlag wurde von beiden Parteien unterschrieben angenommen. Die Ausständigen haben am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Jurisdiktion des Vorsitzenden der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes als Vertreter der Streikenden steht mit den Bestimmungen des Gewerbegerichts-Gesetzes in Widerspruch. Wenn das Gesetz bestimmt, daß nur Beteiligte als Vertreter der Parteien beim Einigungsamt zugelassen werden dürfen, so ist damit nicht gesagt, daß die Vertreter der Arbeiter nur aus den Reihen der Streikenden genommen werden dürfen. Der Begriff „Beteiligte“ ist durchaus nicht in diesem engen Sinne zu verstehen. Vielmehr sind als beteiligt an einem Lohnkampf selbstverständlich die Organisationen der Parteien zu betrachten, die an dem Ausgang des Streiks oft ein größeres, mindestens aber ein ebenso großes Interesse haben, wie die unmittelbaren Beteiligten, nämlich die Streikenden. Daß diese Auffassung auch vom Gesetzgeber geteilt wird, das geht klar und unzweifelhaft aus den Motiven zum Gewerbegerichts-Gesetz hervor. Dort heißt es über die Zulassung der Vertreter beim Einigungsamt:

„So für die Arbeitgeber und Arbeiter organisierte Vereinigungen bestehen, werden die Organe derselben oder die nach den Statuten gewählten besonderen Vertreter sich leicht als solche legitimieren können.“

Hiernach haben die Vertreter einer Arbeiterorganisation zweifellos das Recht, die ihrer Organisation angehörenden Streikenden vor dem Einigungsamt zu vertreten, und die Jurisdiktion solcher Vertreter mit der Begründung, daß sie Unbeteiligte seien, steht mit dem Gesetz nicht im Einklang.

Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß der Verband der Metallindustriellen seinen Mitgliedern bei Strafe verbietet, mit Beauftragten der Arbeiterorganisation vor dem Einigungsamt zu verhandeln. Auch dieses Verbot verstößt, wie Gewerbegerichts-Direktor v. Schulz in Nr. 34 der „Socialen Praxis“ ausführt, gegen das Gesetz.

**Zunungsmeister auf Reisen.** Die von dem Obermeister der hiesigen Tischlerinnung unternommene Agitations-tour zu Gunsten des Schornstein-Verbandes scheinen nicht überall den ungetheilten Jubel seiner Fachgenossen zu erwecken. In Rarnberg, wo Herr Rahardt vor kurzem sein Licht leuchten ließ, ist ihm eine arge Enttäuschung zu teil geworden. Die „Frankfurter Tagespost“ berichtet über die Versammlung:

Der Obermeister Rahardt aus Berlin hielt den Schreinermeistern am Dienstag in der außerordentlichen Generalversammlung der Zwangsinnung einen zwanzig Minuten währenden Vortrag, worin er seinen Kollegen beizubringen suchte, daß das Ziel der Meister nur von dem Arbeitgeber-Schuhverband gegen die unberechtigten Forderungen der Gehilfen zu erwarten sei. Dieser Schuhverband scheint aber bei den Schreinermeistern keinen großen Anklang zu finden, denn der Referent stimmte ein bewegliches Angebot darüber an, daß von den 78 000 Meistern in Deutschland nur ca. 400 dem Verbands angehören. Als Beweis für die Notwendigkeit, dem Verbands beizutreten, führte er die Behauptung an, daß beim letzten großen Schreinerstreik in Berlin der Arbeitsnachweis täglich von ca. 25 Streikposten belagert gewesen sei und daß die Innungsbrüder den Staatsanwalt erfolglos gegen diese freien Streikposten schick zu machen suchten. Wenn sich die Meister nicht organisierten, seien sie machtlos gegen eine so kapitalkräftige Gesellschaft, wie der Deutsche Holzarbeiter-Verband.

In der Diskussion bemüht sich unstreitig der frühere Obermeister der hiesigen Innung, Herr Bausch, am vernünftigsten. Er trat Herrn Rahardt entgegen und betonte, daß die Nürnberger Gehilfen keineswegs Leute sind, die aus purem Neigigen und nur, um die Meister zu ärgern, in einen Streik eintreten. Es ließe sich nur der Preis der Holz geben, wenn die Nürnberger Meister den Ausführungen des Herrn Rahardt folgen und dem Schornsteinverband beitreten wollten. Er meinte, die Berliner Meister sollten erst einmal die von ihnen beliebte Schmutzkonkurrenz aus der Welt schaffen. Schreinermeister Halb sprach sich in dem gleichen Sinne aus.

Wir wünschen dem Herrn Obermeister mehr solche Erfolge. Hoffentlich werden auch die Mehrzahl der Berliner Tischlermeister bald zu der Einsicht kommen, daß durch die jetzige Tätigkeit der Innungsagitatoren der „goldene Boden des Handwerks“ nicht wieder gewonnen wird.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Parteitbodenleger!** In der Versammlung am 11. Juni wurde beschlossen, daß die Firmen, welche nur 80 Pf. für den Quadratmeter zahlen, von jetzt an 60 Pf. zu zahlen haben. Die Kollegen werden ersucht, die Arbeitgeber von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen und strikte danach zu handeln.

**Achtung! Schuhmacher.** In der Schuhfabrik von Goldstein Köpenickerstr. 55, wurde bei den Ueberholern eine neue Arbeitsteilung eingeführt, indem das Appenzelfäßen, Brandfäßen und Stoppelfäßen Aufstellen von jugendlichen Arbeitern besorgt wird. Diese Gelegenheit benutzte nun Herr Goldstein, um eine ca. 50 Prozent betragende Lohnreduktion durchzuführen, indem für das Anknüpfen des Appenzelfäßen, Brandfäßen und Stoppelfäßen bei Herrenarbeit 85 Pfennig, bei Damenarbeit 80 Pfennig und bei Kinder- und Mädchenarbeit 75 Pf. pro Duzend von dem bisherigen Lohnsatz in Abzug gebracht werden soll, während die Arbeiter für den Anfall obiger Arbeit einen Abzug von 30 Pf. pro Duzend für angemessen halten.

Herr Goldstein ließ sich auf keinerlei Zugeständnisse ein und forderte die Ueberholer auf, wenn sie nicht für den neuen Preis überholen wollten, zu gehen, worauf sämtliche Ueberholer ihre Entlassung nahmen.

Zugung von Ueberholern ist deshalb fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

**Die Töpfer in Oberkwalde** haben einen einseitigen Tarif errungen, der zugleich eine Lohnerhöhung von 10—25 Proz. gegen die bisherigen Preise bedeutet. Der Tarif ist seitens des Innungsvorstandes unterschrieben und auf ein Jahr festgelegt.

### Deutsches Reich.

**Maßregelungen von Glasarbeitern** hat die Firma Siemens in Dresden vorgenommen. Es handelt sich dabei um einen unerschämten Eingriff in die Versammlungsfreiheit der Arbeiter. Diese hielten kürzlich eine Versammlung ab, deren Besuch die Firma schon im voraus durch Anschlag in der Fabrik verbot. Um die Arbeiter zu ermitteln, welche trotz des Verbots von ihrem Versammlungsgeld Gebrauch machten, wurde das Versammlungsgeld mit Spionen der Firma umstellt, und die von diesen Leuten ermittelten Versammlungsbefucher wurden darauf gemahnt. — Die im Siemens'schen Betriebe bestehenden Mißstände, welche in jener Versammlung zur Sprache kamen, werden durch die vorgenommenen Maßregelungen allerdings nicht beseitigt und ihr Vorhandensein wird dadurch nicht widerlegt.

**Die Arbeiter und Meister der Blattsilberbranche in Rarnberg.** Für die Schwabach haben vor einigen Wochen die Arbeit eingestellt, um von den Abnehmern höhere Preise zu erlangen. Die Mehrzahl der Meister ist durch Unterzeichnung des Vertrages der Tarifgemeinschaft beigetreten, die Tarifkommission hat sich konstituiert und folgende Bedingungen festgesetzt, unter denen die Arbeit eventuell aufgenommen werden kann.

Die Prinzipale müssen den allgemeinen Tarifvertrag vom 2. Juni 1902 unterschreiben anerkennen. Sie müssen den besonderen Vertrag zur Durchführung der Tarifgemeinschaft unterschreiben anerkennen. Sie müssen sich ferner verpflichten, zu den Kosten der Tarifgemeinschaft pro Stein und Woche 5 Pf. zu bezahlen und dürfen unter keinen Umständen an die nicht bewilligenden Firmen Blattsilber liefern, auch nicht zu dem höchsten Preise von 1,45 M. pro Duz. Diejenigen Prinzipale, die die Arbeit aufnehmen lassen wollen, haben der Tarifkommission nachzuweisen, daß die ihnen zum Normalpreise zugesicherten Aufträge die Aufnahme des Betriebes gerechtfertigt erscheinen lassen.

**Maurerstreik in Posen.** Einer Meldung des „B. L. W.“ zufolge sind in Posen 2000 Maurer am Freitag in den Ausstand getreten, weil ihre Lohnforderungen nicht bewilligt wurden.

### Ausland.

**Der Arbeiterstreik in Mailand ist beendet.** Am Dienstagabend wurden die Restaurants wieder geöffnet. Die Zahl der am Streik Beteiligten wird in einer Korrespondenz der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ auf 1000 angegeben. Es handelt sich bei dem Streik hauptsächlich um einen Kampf gegen die private Stellenvermittlung, an deren Aufrechterhaltung die Hotelbesitzer und Restaurateure schon deshalb ein besonderes Interesse haben, weil dadurch die Fährung schwarzer Listen erleichtert wird. Die Streikenden verlangten die anschließliche Arbeitsvermittlung durch ihre gewerkschaftliche Organisation. Ob es ihnen gelungen ist, diese Forderung durchzusetzen, wird in der Meldung der Beendigung des Streiks nicht gesagt.

**Lohnbewegungen in Italien.** In Vre haben 600 Färber nach einem 48stägigen Streik einen Sieg errufen. Die Unternehmer haben ihnen eine Prozentige, für Lieferarbeiten eine 23prozentige Lohnerhöhung zugesagt; alle Streikenden werden wieder eingestellt. — Die Marmorarbeiter von Pietrasanta haben nach einem Streik von 27 Tagen eine Lohnerhöhung von 15—20 Proz., ferner die Abschaffung der Accordarbeit durchgesetzt.

**Die Weberausperrung in Enschede.** Von der gesonten Arbeiterschaft Hollands werden große Anforderungen gemacht, um die Unterstützungsgelder für die Ausgeperrten und Streikenden herbeizuschaffen, und aus bürgerlichen Kreisen fehlt es auch nicht an Sympathiebezeugungen. In vielen Orten im Lande werden Kunst-abende zu Gunsten der Enscheder Weber veranstaltet, an denen namhafte niederländische Künstler und Künstlerinnen mitwirken.

„Wolfs Telegraphen-Bureau“ meldet aus Enschede vom 13. Juni: Ein in der hiesigen Textilindustrie ausgebrochener Ausstand ist durch Annahme eines Vermittlungsvorschlages beendet worden.



Die vorstehende Meldung läßt nicht mit Sicherheit erkennen, ob es sich um die Belegung des großen seit längerer Zeit währenden Konflikt oder um einen anderen Ausstand handelt.

**Entlassung wegen Arbeitsmangel.** Aus St. Etienne wird gemeldet: 1800 Arbeiter der staatlichen Waffenfabriken haben die Mitteilung erhalten, daß sie zum 1. Juli entlassen würden, da keine Arbeit mehr vorhanden sei.

## Der Mordprozeß Thomashäke.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Nichtschuld, worauf die Freisprechung erfolgte.

Der Angeklagte ist heute so weit hergestellt, daß er, von zwei Untersuchungsgefangenen gestützt, in den Saal geleitet werden kann. Im Anflugeräum steht ein mechanischer Stuhl mit hoher Rückenlehne, in den der Angeklagte gesetzt wird. Er sieht noch sehr blaß und angegriffen aus.

Beim Aufstuf der Zeugen stellt sich heraus, daß der Zeuge v. Rheinbaben aus Hamburg, welcher gestern abend telegraphisch geladen worden, noch nicht zur Stelle ist. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Werthauer teilt mit, daß ihm die Adresse einer Zeugin mitgeteilt wurde, die Wichtiges zu bekunden vermöge. Es ist eine Frau Henke, die sofort zur Stelle gerufen werden soll.

Der Angeklagte Thomashäke erklärt, daß er an die Zeugin Göring noch eine Frage zu richten habe. Thomashäke: Zeugin Göring, Sie haben behauptet, daß Sie am Spätnachmittage des 30. September an Löfflers Wohnung vorbeigingen und in dessen Zimmer hineinsahen, wozu Sie im Stande waren, da das eine Fenster nicht mit Gardinen versehen war. Sie haben einen Herrn bei ihm gesehen, dessen Beschreibung nicht auf meine Person paßt? — Zeugin: Das ist richtig. — Angekl.: Sie haben den Herrn dann zwei Stunden später noch bei Löffler gesehen? — Zeugin: Ja. — Angekl.: Und deshalb finde ich es höchst merkwürdig, daß Fräulein Kregschmar sich entfernt und von dem Besuche nichts bemerkt haben will. — Die Zeugin Kregschmar bleibt auf Befragen dabei, daß sie niemand gesehen. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Zeugin Kregschmar, hat außer Ihnen und Löffler noch jemand einen Korridor Schlüssel zu der Löfflerschen Wohnung? — Zeugin: Nein. — Ein Geschworener richtet an den Angeklagten die Frage, ob Löffler ihm denn nicht erzählt habe, als er am Abend des 30. September zu ihm gekommen sei, daß der oder der bei ihm gewesen sei? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Bei dem intimen Verkehr, den Sie mit Löffler unterhielten, ist dies doch auffällig. — Angekl.: Fräulein Kregschmar, ist es vorgekommen, daß Sie Briefe, die von Löffler geschrieben, konvertiert und geschlossen waren, wieder geöffnet haben, angeblich weil der Umschlag beschmutzt war? — Zeugin: Das kann wohl vorgekommen sein. — Verteidiger Dr. Werthauer: Bevor ich die Vernehmung mit der Zeugin abschließe, möchte ich noch einmal die Frage an Sie richten, ob Sie dabei bleibt, daß Sie mit Löffler keinen intimen Verkehr unterhalten hat. — Zeugin: Dabei bleibe ich. Die Beweisaufnahme ist somit beendet bis auf die Vernehmung der Zeugin Henke und des Herrn v. Rheinbaben. Es soll telefonisch angefragt werden, ob er in den Besitz der Ladung gelangt und wie leicht unterwegs ist. Der Angeklagte Thomashäke wendet sich noch in längeren Ausführungen gegen die Annahme, daß die Cigarrenschale, die auf dem einen Bein der Leiche gefunden wurde, von demjenigen herrühre, der die Leiche auf das Sofa gelegt haben solle.

Es tritt dann eine Pause von einer Viertelstunde ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung stellt sich heraus, daß keiner der beiden erwarteten Zeugen zur Stelle ist. Herr v. Rheinbaben entschuldigt sich mit Krankheit. Es wird von allen Seiten auf die Vernehmung dieser Zeugen verzichtet und die Beweisaufnahme geschlossen. Die Schuldsfragen gegen den Angeklagten lauten auf Mord und Unterschlagung.

**Staatsanwalt Randolph** ist der Überzeugung, daß der Angeklagte derjenige gewesen ist, welcher dem verstorbenen Löffler Gift beigebracht und ihn dadurch ermordet hat. Selbstmord scheint auch schon um deshalb ausgeschlossen zu sein, weil Löffler

nicht eine Zeile einer lechtwilligen Verfügung hinterließ, was ein Mann wie Löffler sicher getan haben würde. Sehen wir uns nun

die Verschuldlichkeit des Verstorbenen etwas näher an. Er war keine sympathische Persönlichkeit, er hatte insgesamt 18 Jahre im Gefängnisse und im Irrenhause zugebracht. Aber nach der letzten Verurteilung hat er sich redlich bemüht, auf dem rechten Weg zu bleiben. Das beweist die Thatsache, daß er zweimal wegen Betrugs und Wuchers auf Antrag der Staatsanwaltschaft freigesprochen wurde. Löffler machte Geldgeschäfte, und es mögen nicht immer die saubersten gewesen sein. Der Umstand, daß er seinen Geldgebern gegenüber für die pünktliche Einlösung der Wechsel verpflichtet war, hatte ihn Ende September in Verlegenheit gebracht, und er sollte am 2. Oktober den Offenbarungseid leisten. Aber wenn ihm dies Sorge bereitet haben sollte, so sei doch erwiesen, daß ihm die Sorge bereits am 30. September, vor seinem Tode, abgenommen worden war. Das konnte also nicht der Grund zu einem Selbstmord sein. Es ist auch die Version angedeutet worden, daß vielleicht ein

politischer Mord vorliegen könne. Dem Kriminalkommissar Schöne ist es nicht gestattet worden, hierüber Zeugnis abzulegen, und ich kann deshalb nicht darüber äußern, aber ich kann versichern, daß diese Möglichkeit gänzlich ausgeschlossen ist. Thomashäke hat, wie erwiesen ist, Löffler um 10 Uhr verlassen, der letztere hat ihn um 8 Uhr bis zur Thür begleitet und als vorsichtiger Mann die Thür wieder verschlossen. Wann sollte dann der fremde Mörder gekommen sein? In dem Falle des Fräulein Kregschmar, die ebenfalls verdächtigt wurde, ist hervorzuheben, daß sie ihr Alibi nachgewiesen hat. Prüfen wir nun das Beweismaterial, welches aus tatsächlichen, logischen und psychologischen Gesichtspunkten gegen Thomashäke spricht. Die erste Frage: Wie ist er zu dem Gift gekommen? — ist nicht mit Bestimmtheit zu beantworten. Aber wer kennt alle Verbindungen, über die ein alter gewiegter Verbrecher verfügt? Bei der ersten Vernehmung Thomashäkes wurde mehr Geld bei ihm gefunden, als er auf einen treflichen Erwerb nachzuweisen vermochte. Ueber die Zeitangaben, wann er zu Löffler gekommen, wann er wieder gegangen sei usw., war er sich wohl klar und veränderte sie bei seinen späteren Vernehmungen. Ueber die Art, wie Thomashäke zu den Wertpapieren gekommen sein will, die früher Eigentum Löfflers waren, hat er Angaben gemacht, die teils unglaubwürdig, teils widerlegt sind. Es ist meine tiefinnerste Überzeugung, daß der Mann, der vor Ihnen sitzt,

der Mörder Löfflers ist. Aus tiefster innerster Überzeugung bitte ich Sie, meine Herren Geschworenen, sprechen Sie den Angeklagten schuldig. Es tritt eine Stunde Pause ein.

Nach Beendigung der Pause nimmt der erste Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Werthauer das Wort. Er hält es für zweifellos, daß der verstorbenen Löffler an Gift verstorben ist, aber keineswegs für erwiesen, daß der Angeklagte der Täter gewesen sei. Er werde deshalb auf Freisprechung plandieren. Der Verteidiger sucht nachzuweisen, daß Löffler sich im September in einer armen Klemme befand. Nachbar hatten nicht nur in der Nacht zum 1. Oktober, sondern weit früher häufig in der Löfflerschen Wohnung häufig Stöhnen gehört, ein Beweis, daß er mit einem Leiden befallen war. Demnach habe Löffler sich wiederholt dahin geäußert, es sei am besten, er mache ein Ende. Es könne gar nicht die Aufgabe der Verteidigung sein, den Nachweis zu liefern, daß Löffler Selbst-

mord verübt habe, oder von anderer Seite ermordet worden sei, aber ein Beweis dafür, daß Thomashäke der Täter sei, könne sicher nicht als erbracht angesehen werden und deshalb beantrage er bei den Geschworenen, die Schuldsfrage zu verneinen.

### Justizrat Dr. Sello:

Die Staatsanwaltschaft hat bewiesen, daß Thomashäke ein vielfach vorbestrafter Mann ist, dem man sich unter Umständen einer schweren That verhehen kann. Aber sie hat nicht bewiesen, daß Thomashäke der Mann war, von dessen Hand Löffler starb. Es sind drei verschiedene Annahmen vorhanden: 1. ist Löffler durch ein Versehen gestorben? 2. hat er Selbstmord verübt? und 3. ist ihm das Gift vorsätzlich von fremder Hand eingebracht worden? Was nun die erste Annahme betrifft, so halte ich sie für wenig wahrscheinlich, aber sie muß doch in den Bereich Ihrer Erwägungen gezogen werden. Weit mehr sprechen die Umstände dafür, daß ein Selbstmord vorliegt, und wenn auch nur ein einziger Umstand vorläge, so müßte dies dem Angeklagten zu gute kommen. Sei es nicht wahrscheinlich, daß Löffler in der Stille der Nacht von den auf ihn einwirkenden Gedanken aus der dunklen Vergangenheit übermüdet, zu dem Entschlusse kam, lieber ein Ende mit Schreden, als ein Schrecken ohne Ende? Wer könnte wissen, was es mit dem Versuch auf sich hatte, den Löffler am Abend des 30. September nach dem einwandfreien Zeugnis der Frau Göring erhielt? Er behauptet, daß Fräulein Kregschmar den Namen des Besuchers verschwiege, wie man ihr auch andere Unwahrheiten nachweisen könne. Alle Leute, welche die still und friedlich daliegende Leiche sahen, waren der Ansicht, daß Löffler eines natürlichen Todes gestorben sei, nur die Kregschmar rief: „Das hat kein anderer getan als Thomashäke!“ Ob das mit dem Besucher vom vorigen Tage verabredet war? — Der Verteidiger erwidert sodann die Frage der Uneignung der Löfflerschen Wertpapiere und kommt ebenso wie der Verteidiger Dr. Werthauer zu dem Schlusse, daß Thomashäkes Angaben nicht jeder Wahrscheinlichkeit entbehren. Auch Justizrat Dr. Sello sprach die Erwartung aus, daß die Geschworenen auf Nichtschuldig erkennen würden.

## Versammlungen.

### Der sozialdemokratische Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis

hatte am 10. Juni bei Franke, Sebastianstraße 39, eine Versammlung in der Reichstags-Abgeordneter Volksgang Heine über die Grundlagen und die Organisierung des Kampfes der Arbeiterklasse sprach. Genosse Heine erörterte nacheinander die idealistischen, die wissenschaftlich theoretischen und die praktisch politischen Elemente des Kampfes der Arbeiterklasse. Marx und Engels hätten es unternommen, den Sozialismus aus der Utopie zur Wissenschaft zu entwickeln, zur Lehre von dem geschichtlich Notwendigen und Zukünftigen. Freilich sei bei solchen wissenschaftlichen Konstruktionen der Zukunft auch Irrtum nicht ausgeschlossen und bedenklicher noch sei die namentlich in den letzten Jahren unter den Gelehrten der Partei hervorgetretene Neigung zu leidenschaftlichen theoretischen Streitereien über völlig abstrakte oder wer weiß wie weit in der Zukunft liegende Probleme. Demgegenüber sei erfreulich die thätigste Einigkeit der Partei in der Praxis, und man könne wohl sagen, daß sich der Sozialismus wie einst von der Utopie zur Wissenschaft, so später von der Wissenschaft zur praktischen Politik entwickelt habe.

Dennoch lasse er, Redner, sich nicht die großen umfassenden Gedanken der sozialistischen Wissenschaft verleiden. Gerade die marxistische Theorie enthalte die Hinweise auf eine wirkliche Realpolitik. Sie lehre, daß man thun solle, was Macht bringe, und daß man nur unternehmen könne, wozu man die wirkliche Kraft habe. Man treibe Politik nicht Theorien oder ästhetischen Eindrücken zuliebe, sondern um des Erfolges willen.

Unser Politik habe sich zu stützen auf die Mächte und Kräfte, die wir besitzen und kennen. In den realen Machtfaktoren, die die kämpfende Arbeiterklasse in der Wagschale zu werfen habe, gehören auch der Glaube an unser Ziel, die sittliche Ueberzeugung von der Pflicht, ihm nachzustreben; aber auch die Selbstsucht, die uns nicht mehr unternehmen lasse, als was wir vollbringen könnten. Hätte zum Beispiel die Arbeiterklasse bei Verhängung des Sozialistengesetzes zur gewalttätigen Revolution gegriffen, dann hätte sie sich eines ungeeigneten Mittels bedient, das für sie keine Kraft, sondern eine Schwäche bedeutet hätte.

Redner geht dann auf die Machtfaktoren des wirtschaftlichen Lebens ein und legt näher dar, daß ein so komplizierter Mechanismus wie die moderne Produktionsweise sich nur langsam umgestalten lasse. Wollte man sie mit plumper Faust zusammenschlagen, und bilde man sich ein, mit Hilfe der politischen Macht durch Dekret an ihre Stelle in drei Monaten eine sozialistische Gesellschaft setzen zu können, so würde daraus höchstens eine Wirnis entstehen, die den sozialistischen Gedanken in Mißkredit bringen müßte, und die eine Nation völlig aus dem Gebiete der Kultur ausschalten könnte. Seit Marx gelebt habe, daß die politischen Formen abhängig seien von den wirtschaftlichen Kräften, müsse man jede Politik des plötzlichen Einreichens unwissenschaftlich nennen, und wer solche Theorie vertritt, der sollte sie nicht mit den Namen von Marx und Engels schmücken.

Den Gewerkschaften und den neuangeworbenen Genossenschaften nicht der Referent Bedeutung bei nicht nur für die Beförderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse, sondern auch für die Entwicklung politischer Fähigkeiten, namentlich der Uebung im Abweisen von Kräften und Wirkungen. Im übrigen dürfe man plötzliche Wunderthaten von der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Agitation so wenig verlangen, wie man auf dem Gebiete der eigentlichen Politik daran glauben solle.

Die nächste politische Aufgabe sei, in den preussischen Landtag zu kommen, möge es gehen, wie es wolle. Ohne Bündnis werde es nicht gehen; das Bündnis sei ein notwendiges Kampf- und Machtmittel, im Kriege wie in der Politik. Entscheidend sei, ob ein Bündnis unsere Macht stärke. Es sei keine Eße, sondern werde für einen bestimmten Zweck geschlossen, und hindere deshalb nicht die Fortführung des Kampfes zwischen den Vertragschließenden auf anderen Gebieten.

Redner äußert sich über das Ministerexperiment in Frankreich und sagt, daß dergleichen unter Umständen nützlich sein könne, aber nur wenn die Partei fähig sei, sich bewußt auf bestimmte praktische Ziele zu beschränken und sonstige Wünsche diesen einzuweisen unterzuordnen. So lange es an solcher politischen Reife und Selbstsucht fehle, müßte man sich gegen derartige Versuche erklären.

Ueber die Vorlesungen in Belgien bemerkt Redner, ihm schiene, als ob die dortigen Genossen zu viel von revolutionären Maßregeln geredet hätten, die durchzuführen sie nicht stark genug gewesen wären. Die Politik der Redensart und der Demonstration sei dort der Politik thätigster Machtmittel unterlegen, woraus sich interessante Lehren ziehen lassen.

Den von Parvus, Rosa Luxemburg und Bernstein empfohlenen politischen Massenstreik bekämpft Redner als ein am Schreiendsten ausgeprägtes, mit den thätigsten Verhältnissen in heutigen Deutschland unvereinbares Kampfmittel. Zwar sei er nur als friedliche Demonstration gedacht, aber man könne unmöglich eine Menge von Millionen auf die Straße schicken, ohne daß es binnen kurzem zum Straßenkampfe käme. Wollte man die gewalttätige Revolution nicht, worüber wir ja alle einig seien, so könne man auch den politischen Massenstreik nicht anwenden.

Redner schließt mit einem Aufrufe zur Fortsetzung unserer bisherigen Arbeit, die zwar nicht großartig aussehe, aber doch ständig mitwirke an der Hebung der Kultur. An dem ewigen Siege zweifele er nicht. (Lebhafte Beifall.) Da sich zur Diskussion niemand meldete, wurde die Versammlung nach dem Vortrage geschlossen.

In einem wichtigen Protest gegen die preussische Polenpolitik erstattete sich die am Mittwoch im Moabiter Gesellschaftshaus abgehaltene Volksversammlung, Reichstags-Abgeordneter Ledebour unterzog dieselbe in andertalbhündiger Rede die in den Ostmarken geübte Zwangsgermanisierung im allgemeinen, sowie die jüngsten Regierungsmassnahmen gegen die

Polen im besonderen einer scharfen Kritik. Selbst wenn man, so führte Redner aus, sich mit dem aufrichtigsten Bemühen in das Denken und Empfinden eines preussischen Staatsministers hineinverlegen wolle, so frage man sich dennoch gerichtlich: Was ist geschehen, um den neuesten Polenfeldzug der Regierung zu rechtfertigen? Wir wissen es nicht, und die Regierung auch nicht. Die Angst vor den Polen sei nur begründet, wenn die Deutschen allesamt „Hofenbergen“ in der Brust hätten. Nach einem historischen Rückblick auf den Verfall des ehemaligen Polenreiches durch die verlotterte Schachzigenwirtschaft und die Teilung Polens durch die benachbarten Mächte legte der Vortrage die Gründe klar, die den Antagonismus der Polen gegen ihre Unterdrücker zur Folge haben mußten. Jedoch die ewigen Polizeikontrollen sowohl, als auch die Germanisierungsversuche durch die wirtschaftliche Expropriation mittels des Gelbes der preussischen Steuerzahler, zu denen auch die Polen gehören, hätten zu einem kläglichen Fiasko der Regierung geführt. Eine verständige Regierung würde daraus die richtigen Lehren gezogen haben; von preussischen Staatsmännern könne man soviel Einsicht indessen nicht verlangen. Es gehöre wirklich schon Ministerverstand dazu, trotz aller Mißerfolge des bisher beliebten Germanisierungssystems weitere 250 Millionen Mark den Steuerzahlern abzuknöpfen und durch deren Verwendung zum Auskauf polnischer Grundbesitzer ein Vordringen des deutschen Elementes zu erwarten. Gebührende Würdigung fand ebenfalls die Thätigkeit des Galizienvereins, sowie die Kaningrede des Grafen Bülow. Die Nacht, in möglichst bilber- und blumreicher Sprache zu reden, habe den Reichskanzler dazu bewogen, das deutsche Volk mit Hofen zu vergleichen; einen Vergleich, den wenigstens die Arbeiterschaft dankend ablehnen müsse. Durch die unglücklich kurzfristige Zwangspolitik der Regierung sei die Kluft zwischen Polen und Deutschen nur noch größer geworden. Auch hier zeige es sich wieder, daß nur die Socialdemokratie den Gedanken der nationalen Toleranz vertritt. Durch ihre Thätigkeit würden wir auch die Gefahren abwenden, welche durch die verkehrte Haltung der Regierung und der thörichtesten Galassisten heraufbeschworen werden. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion sprachen Genosse Vogt und ein polnischer Arbeiter im Sinne des Referenten. Während des Schlusswortes empfahl Ledebour folgende Resolution:

Die am Mittwoch, den 11. Juni 1902, in Moabit tagende Volksversammlung protestiert gegen die von der preussischen Regierung incenternte Unterdrückungspolitik gegenüber der polnisch sprechenden Bevölkerung im preussischen Staatsgebiet. Sie hält es für grundverfehlt, aus den Mitteln der Gesamtsteuerzahler des preussischen Staates einen Kampffonds zu schaffen, um durch dessen Anwendung einen Teil der Bevölkerung in seinem nationalen Empfinden tief zu verletzen. Die Versammlung hält diese Maßnahme um so mehr für verkehrt, als dadurch nur eine maßlose Verletzung der einzelnen Volkstämme im preussischen Staate untereinander herbeigeführt wird.

Getreu den Traditionen der sozialdemokratischen Partei verlangt die Versammlung die Anerkennung der Gleichberechtigung der Staatsangehörigen jeder Sprachgemeinschaft und erwartet von der preussischen Regierung, daß sie auch auf die politische Bevölkerung des preussischen Staates die gebührende Rücksicht nimmt.

Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Nachdem noch der Vorsitzende Fischer zum Eintritt in den Wahlverein und zum Abonnement des „Vorwärts“ aufgefodert hatte, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

**Teile Nachrichten und Depeschen.**

### Dreibund und Zolltarif.

**Budapest, 13. Juni.** (W. Z. V.) Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Szell beantwortet die vom Abg. Bisontaris am 19. April eingebrachte Interpellation, betreffend den Dreibund und verteidigt den Fragesteller auf die von ihm, dem Ministerpräsidenten, in der ungarischen Delegation abgegebenen Erklärungen. Auf die Frage des Interpellanten, ob der defensive Charakter des Bündnisses in dem neuen Vertrag erhalten geblieben sei, erwidert der Ministerpräsident: Der Inhalt des neuen Vertrages ist ganz gleichwertig mit dem alten. In seinem Wesen und in seinen großen Motiven ist der neue Vertrag identisch mit dem alten Vertrag. Im übrigen verweise ich auf die Erklärungen des Grafen v. Bülow, wie die der Minister Sainetti und Graf Soluchowski. Mit Bezug auf eine Frage Bisontaris nach der Unterbrechung von Szells und des Grafen Bülow erklärt Redner, dies gehöre nicht hierher. Er könne nur soviel sagen, daß diese Unternehmungen sich ganz mit den großen Zwecken des Dreibundes und mit jenen Gefühlen decken, welche er, Redner, für die verbündeten Staaten empfinde. Hinsichtlich des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland erklärt v. Szell: Ich kann zu meinem großen Bedauern nicht leugnen, daß dieses Verhältnis nicht so beschaffen ist, wie es wünschenswert wäre, und daß wir das Entgegenkommen vernünftigen, auf das wir auf Grund des jetzigen Vertrages Anspruch haben. Es bleibt uns bezüglich der Vieheinfuhr und des Veterinärwesens viel zu wünschen übrig.

Der Zolltarif, den Deutschland aufgestellt hat, ist, es läßt sich nicht leugnen, gegen unser Interesse gerichtet. Allerdings ist dies ein autonomer Zolltarif, und noch nicht ein Handelsvertrag. Der Ministerpräsident drückt trotz dieser Schwierigkeiten die Hoffnung aus, daß der Abschluß eines Handelsvertrages möglich sein werde und fährt fort: Ich hoffe, daß wir weder mit Deutschland noch mit Italien in einen Vertragslösungs Zustand geraten werden. Das Bündnisverhältnis ist nicht stark genug, um vorübergehende wirtschaftliche Differenzen im Reime zu erledigen; allein einen dauernden wirtschaftlichen Krieg duldet die Allianz nicht. Das Haus kann überzeugt sein, daß unsere wirtschaftlichen Interessen niemals ausgeheert oder verletzt werden. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde vom Hause zur Kenntnis genommen.

**Bredben, 13. Juni.** Der Zustand des Königs hat sich erheblich verschlechtert.

**Wohnum, 13. Juni.** (W. Z. V.) In einem Stadteil von Witten ist der Typhus ausgebrochen; bisher wurden 7 Fälle festgestellt. Ein Drumm wurde behördlich geschlossen, ferner wird vor Benutzung des Wassers eines Baches gewarnt.

**Wien, 13. Juni.** (W. Z. V.) Das Herrenhaus nahm heute die Gesetzesvorlagen an betreffend die Aufhebung der Wänter, den Schutz des Reichens und Namens des Roten Kreuzes und Erleichterung der Beschaffung gesunder und billiger Arbeiterwohnungen.

Das Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage betreffend Regelung des Arbeitsverhältnisses der bei den Eisenbahnregiebauten verwendeten Arbeiter sowie einen Dringlichkeitsantrag Eisenbahnen an, der für den Herbst eine Vorlage betreffend Herabsetzung der Hauszins- und Gebäudesteuer fordert.

**Budapest, 13. Juni.** (W. Z. V.) Infolge Hochwassers der Theiß und des Anstufes ist ein Teil der Stadt Marmaros Sziget unter Wasser gesetzt. Das Militär ist eifrig bemüht, die Stadt vor völliger Ueberflutung zu schützen.

**Triest, 13. Juni.** (W. Z. V.) Die Insel Bissa wurde von einem fürchterlichen Orkan und Hagelschlag heimgesucht. Sämtliche Wein- gärten sind vernichtet und viele Fischerboote gesunken.

**Brüssel, 13. Juni.** („Frankf. Btg.“) Die Stadt Brüssel wurde in letzter Verfassungsinanz verurteilt, alle während der Strafen- urtheile von 1899 zerbrochenen Fensterscheiben zu bezahlen.

**Warschau, 13. Juni.** (W. Z. V.) Gestern begann hier der Prozeß gegen den Oberstleutnant Grimm. In den Gerichtsakten werden nur höhere Offiziere zugelassen.

**Catania, 13. Juni.** (W. Z. V.) Heute morgen wurden hier und in Mino leichte Erderschütterungen wahrgenommen.

**Chejuiboo, 13. Juni.** (W. Z. V.) Umweit der Westküste von Korea sind die japanischen Dampfer Atsumagawa-Maru und Misogawa-Maru zusammengeknallt; ersterer sank im tiefen Wasser. Von den Besatzenden und der Mannschaft wurden nur wenige gerettet; die übrigen sind wahrscheinlich verloren. Der „Misogawa-Maru“ erlitt nur leichte Beschädigungen.



Abgeordnetenhause.

89. Sitzung vom Freitag, 13. Juni, 12 Uhr. Am Ministerisch: v. Poddieski, Frhr. v. Rheinbaben. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzes betr. die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischschau-Gesetzes...

Abg. Fröhen (L.): Es wäre besser gewesen, diese Materie im Wege der Polizeiverordnungen zu regeln, um den einzelnen örtlichen Bedürfnissen mehr Rechnung zu können.

Abg. Camp (Sp.): Im Gegensatz zu dem Vorredner möchte ich bitten, die Fleischschau auch auf die Hauschlachtungen auszuweiten. Das im Hause geschlachtete Fleisch wird vielfach verkauft oder doch dem Gefinde gegeben.

Landwirtschaftsminister v. Poddieski erklärt, daß zur Zeit eine solche Absicht nicht bestehe. Eine absolute Zusage für die Zukunft könne er aber nicht geben.

Abg. Ehlers (fr. Sp.): Wir sind der Ansicht, daß dieses Gesetz in der vorliegenden Fassung nicht zur Verabschiedung gelangen darf.

Abg. Herold (L.): begründet seinen Antrag, der bezweckt, daß die Trichinenschau bei Hauschlachtungen ausbleiben kann, daß aber entsprechend den Reichsgesetzen als Hauschlachtungen nicht zu gelten haben die Schlachtungen in Krankenhäusern, Gefangenen-Anstalten usw.

Abg. v. Mendel-Steinfeld (L.) erklärt, daß seine Partei für den Antrag Herold stimmen wird. (Bravo! im Centrum.) Durch die hohen Gebühren erzielen die großen Städte aus den Schlachthäusern ungeheure Einnahmen...

Abg. Dr. Krüger (fr. Sp.): Wir sind der Meinung, daß bei Annahme des Antrages Herold den Polizeibehörden Thür und Thor geöffnet würde; deshalb werden wir gegen den Antrag stimmen.

Abg. Newoldt (fr.): beantragt, nach dem Satz 1 des Antrages Herold anzufügen: „soweit nicht durch Polizeiverordnungen etwas anderes bestimmt ist oder wird“.

Auf Antrag Camp wird § 4a mit in die Diskussion hineingezogen, der von der Kommission neu eingefügt ist und lautet: „Frisches Fleisch, welches einer amtlichen Untersuchung durch approbierte Tierärzte unterlegen hat, darf einer abermaligen amtlichen Untersuchung auch in Gemeinden mit Schlachthauszwang nur zu dem Zweck unterworfen werden, um festzustellen, ob das Fleisch in irgendwelcher Weise eine gesundheitsgefährliche Veränderung seiner Beschaffenheit erlitten hat.“

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Reinen politischen Freunden ist durch den § 4a die Annahme dieses Gesetzes unmöglich gemacht. Wir hätten für das Gesetz gestimmt, wenn die Regierungsvorlage aufrechterhalten worden wäre.

Landwirtschaftsminister v. Poddieski: Dem Herrn Vorredner möchte ich erwidern, daß ich in der ersten Beratung nur auf die große Differenz hingewiesen habe zwischen den Fleischpreisen in Berlin und anderen Städten.

Abg. v. Mendel-Steinfeld (L.): Herr Goldschmidt wird mir doch zugehen müssen, daß eine doppelte Untersuchung eine Verteuerung des Fleisches bedeutet. (Widerspruch links.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich teile vollständig die Anschauung, daß die Städte mit den Schlachthäusern keine Geschäfte machen sollen.

Abg. Ehlers (fr. Sp.): befürwortet nochmals Zurückweisung an die Kommission. Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Wenn das Fleisch wirklich verteuert würde durch die Untersuchungskosten, so wäre das eine ganz minimale Verteuerung.

Abg. Camp (fr.): Diese, wenn auch minimale Verteuerung des Fleisches durch die Stadt Berlin steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Protestversammlung im Kaiserhof gegen die

Lebensmittel-Verteuerung. (Lebhafte Zustimmung rechts. Unruhe links.) Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Antrag Herold mit dem Zusatzantrag Newoldt wird angenommen, ebenfalls der § 1 verändert. Die übrigen §§ 2-20 werden debattelos gemäß den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Textilzölle.

63. Sitzung der Zolltarif-Kommission. Berlin, 13. Juni. Der Vorsitzende richtet zu Beginn der Sitzung eine feierliche Ermahnung an die Mitglieder der Kommission, bei ihren Ausführungen sich größter Kürze zu bedienen.

Heute beginnt die Beratung des wichtigen Abschnitts, der die Textilindustrie-Erzeugnisse betrifft. Deshalb sind eine Anzahl anderer Mitglieder in die Kommission eingetreten, so Wachen, Münch-Ferber, Förster-Sachsen, und an Stelle unserer Genossen Antraid und Hoch die Abg. Vaudert und Reichhaus.

Der Unterabschnitt A umfaßt die Erzeugnisse aus Seide. Positionen 389/91 Rohseide; auch Seidenmischseide: 389, ungefärbt; ungezwirnt oder einmal gezwirnt... 200 M. 390, gefärbt; ungezwirnt... 86 391, in Verbindung mit anderen Gespinnsten, ungefärbt oder gefärbt... 86

Die Socialdemokraten beantragen für diese Positionen Zollfreiheit; den Antrag begründet Vaudert, der vor allem die Einführung der metrischen Messung und die für die ganze Textilindustrie unpraktische, immer noch angewandte englische Messung nach Yards beseitigt wünscht.

Zu den Positionen 392/93 Künstliche Seide: 392, ungezwirnt oder einmal gezwirnt; ungefärbt 50 M.; gefärbt (auch weiß gefärbt) 100 M.; 393, zweimal gezwirnt, gefärbt oder ungefärbt 200 M.

Reichhaus begründet auf die Ausführungen des Vorredners und unter Hervorhebung der Vielverwendbarkeit künstlicher Seide den Antrag auf Zollfreiheit. Künstliche Seide werde jetzt auch aus Baumwolle hergestellt.

Schlumberger will den Satz von 50 M. (392) auf 100 M. erhöht wissen; das bekämpft der Regierungskommissar Geheimrat Kaufmann. In der Debatte wird auf die Entwicklung dieses Industriezweiges in Frankreich und Deutschland Bezug genommen.

Zu der weiteren Debatte werden von Müller-Sagan die Nachteile der Bismarckschen Zollpolitik besprochen, die eine große Auswanderung zur Folge gehabt habe.

Brömel konstatiert gegenüber den Ermahnungen des Vorsitzenden am Beginn der Sitzung, daß die Opposition sich streng sachlich und knapp in ihren Ausführungen gehalten habe, aber die Gegenseite habe allgemeine Fragen über Freihandel und Schutzoll aufgeworfen.

Vaudert begründet den Antrag, zum Auspruch von Wirk- und Posamentenwaren sei das Produkt unentbehrlich; durch dessen Verwendung gewinne die Ausfuhrindustrie. Die Frucht der Farben werde erhöht. Aber gerade die gefärbte Seide solle durch den Zoll verteuert werden.

Abg. Ehlers (fr. Sp.): befürwortet nochmals Zurückweisung an die Kommission. Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Wenn das Fleisch wirklich verteuert würde durch die Untersuchungskosten, so wäre das eine ganz minimale Verteuerung.

bayerischen Landtagsfraktion geübt hat. Erhart verteidigt die Haltung der Fraktion; er geht die Angriffe Webers der Reihe nach durch und findet sie durchweg unberechtigt.

Reichstagskandidaturen. Für den Wahlkreis Elberfeld-Barmen ist Genosse Wollenduhre wieder als Kandidat aufgestellt worden. Im 5. Schleswig-holsteinischen Kreise wird voraussichtlich Genosse Paul Müller in Hamburg, Vorsitzender des Seemannsverbandes, aufgestellt werden.

Ein gerichtsnotorischer Spindel in Zürich. Die Mitgliedschaft österreichischer Socialisten in Zürich schloß im vorigen Jahre ihr Mitglied Stefan Heilmann aus Oesterreich wegen Spindel, schmutziger Handelsgeschäfte und unmoralischem Lebenswandel aus und veröffentlichte ihren Beschluß im „Vollrecht“.

Unser Genosse Regierungsrat Wullschlegel in Basel, dem das Departement des Innern übertragen wurde, ist nun von Amtes wegen auch Präsident der Vorkommission geworden.

Sociales.

Schutz der Cigarrenarbeiter. Der Minister für Handel und Gewerbe hat die Regierungspräsidenten angewiesen, für die bevorstehende Erneuerung der Bekanntmachung vom 8. Juli 1898 über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in den zur Anfertigung von Cigarren bestimmten Anlagen...

Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Dachräumen ist Gegenstand des Entwurfs einer bundesrätlichen Bekanntmachung, die am Donnerstag im Bundesrat nach den Anträgen der Ausschüsse erledigt wurde.

Die Prostitution und die Kerze in Stockholm. Nachdem sich am 28. Februar die schwedische Abteilung der Internationalen Föderation an das Oberstaatsalteramt in Stockholm um Aufhebung des dort bestehenden Systems der Reglementierung der Prostitution gewandt hatte, ersuchte das Oberstaatsalteramt die „Schwedische Kerzengesellschaft“ um ein Gutachten zu dieser Frage.

Aus der Frauenbewegung.

Die Genossinnen Schönebergs werden hierdurch aufgefodert, Sonntag, den 16. Juni, möglichst zahlreich bei der Flugblatt-Verteilung für die Stadtverordnetenwahl zu helfen und sich zu diesem Zwecke Marxerburgerstraße 7 bei Müsch einzufinden.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 16. Juni, Ausflug nach Treptow. Treffpunkt von 4 Uhr ab in Ludwigs Park-Restaurant, Köpenicker Landstraße.

Ueber die Beschäftigung mit den Naturwissenschaften sprach am Montag, den 9. Juni, Dr. Leo Krons im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Er führte etwa folgendes aus: Als im vorigen Jahrhundert die Naturwissenschaften einen ganz ungeheuren Aufschwung nahmen, da glaubte man, daß ihre Forschungsergebnisse bald Gemeingut des ganzen Volkes werden müßten.

Und noch viel notwendiger werde ein solches Studium im Hinblick auf die Erziehung der Kinder. Das Proletariatkind der großen Städte wachse so gänzlich ohne Verührung und ohne Kenntnis freien Naturlebens auf, daß selbst die alljährlichen Ercheinungen des Sternenhimmels, der Tier- und Pflanzenwelt ihm oft unbekante Dinge bleiben.

Parkei-Nachrichten.

Zur bayerischen Wählerform. In der „Mannheimer Volksstimme“ beschäftigt sich Genosse Erhart-Ludwigshausen in zwei Artikeln mit der Kritik, die Genosse Webel an dem Verhalten der



für das Kind nur unfruchtbar Redensart. Eine sehr viel bessere Gegenwirkung gegen den erlösenden Geist der Schulformeln wäre die Einführung des Kindes in die Fragen der Naturwissenschaft an der Hand der Eltern. In diesem Zweck existieren einige sehr wertvolle Hilfsmittel, wie zum Beispiel eine kleine Sammlung naturwissenschaftlicher Vögel für einen Zweck der Naturforschung, die bei einem äußerst billigen Preise von den vorzüglichsten Gelehrten ausgearbeitet sind und besondere Anleitung für den Jugendunterricht bieten. Neben diesen Vögeln empfahl Dr. Arous für ein eingehenderes Studium der Naturwissenschaften die Bekanntschaft des vorzüglichen Werkes von Wilhelm Bölsche: „Entwicklungsgeschichte der Natur“, das in der eigenartigen dichterisch-phantastischen Art dieses Schriftstellers ein Gesamtbild des modernen Standpunktes der Naturforschung entwirft. Eine solche Gesamtaufschauung, wie sie Bölsche hier bietet, sei nächst der Beschäftigung mit den einzelnen Forschungszweigen ebenso notwendig wie erhebend. Der Theologe allerdings werde es gewiß unbegrifflich finden, wenn man die Aufschauungen der modernen Naturwissenschaft erheben und nennen könne für den Menschen, dem sie z. B. im Darwinismus eine tierische Abneigung zuschreibt, während die Astronomie längst die ganze Erde zu einem belanglos kleinen Weltkörper im unendlichen weiten Raume herabgesetzt habe. Aber gerade die gewaltigen Zusammenhänge und Ansätze in das Gesamtgebiet der Natur, wie sie sich in einem für die Menschheitsgeschichte beschleunigend kleinen Zeitraum, innerhalb weniger Jahrhunderte, auf Grund der genialen Forschungsergebnisse der Naturwissenschaft eröffnen haben, gerade diese gewaltigen Ansätze seien herrlicher und erhebender für den Menschengeist als die naive-religiösen Vorstellungen früherer Zeiten.

An der Hand des Bölsche'schen Buches entwickelte nun der Medner in markanten Beispielen die Fortschritte und Ergebnisse einzelner Zweige der Naturwissenschaft und die modernen Anschauungen der Forschung über den Zusammenhang und die Beziehungen dieser Zweige untereinander.

Die stark besuchte Versammlung folgte den höchst interessanten Ausführungen bis zum Schluss mit lebhaftem Interesse. An den Vortrag knüpfte sich eine kurze Diskussion, vorwiegend um das Problem des naturwissenschaftlichen Materialismus.

Die nächste Versammlung des Vereins findet Montag, den 23. Juni, in den Arminkasseln, Kommandantenstr. 20, statt. Eduard Bernstein wird über „die Arbeiter in England und den Kampf um ihre soziale Befreiung“ sprechen.

## Prozeß Sanden und Genossen.

Vierzehnter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Heideich finden Zeugenvernehmungen über die Terrainreputationen statt, die der Angeklagte Ed. Sanden zusammen mit dem Angeklagten Heinrich Schmidt bezw. Buchmüller in Grundstücken am Savignypfad bezw. am Kurfürstendam gemacht hat. Die Verteidiger bemühen sich, durch Befragen der Zeugen festzustellen, daß Heinrich Schmidt bei dem Terrain am Savignypfad völlig im Hintergrunde gestanden und alle geschäftlichen Maßnahmen von Ed. Sanden getroffen worden seien und daß es sich am Kurfürstendam, wo das Terrain für 6,5 Millionen Mark gekauft und für 9 Millionen Mark an die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekensverkehr verkauft worden ist, um Grund und Boden handelte, welcher 9 Millionen wert gewesen sei.

Es folgen längere Erörterungen zwischen den Rechtsanwaltschaften Thurm, Vernstein und Dr. Voller und den Sachverständigen Geh. Rat Hecht und Kommerzienrat Lucas über daselbst Thema. Das Ergebnis ist, daß Feststellungen über eine Bewilligung des Angeklagten Ed. Sanden an dem Terraingeschäft Savignypfad nicht gemacht werden können.

Justizrat Bronner überreicht eine Anzahl schriftlich formulierter Anträge, die am Montag erledigt werden sollen. Die von ihm benannten Zeugen sollen u. a. bezeugen, daß Buchmüller stets befreit gewesen sei, gegen jedermann gerecht zu verfahren und daß es nicht seine Schuld war, wenn unangenehme Zwischenfälle bei den Bauunternehmungen vorliefen, sondern Schuld der Baunternehmer und Handwerker. Dieselben hätten unter der Behauptung, daß ein anderer Unternehmer eine Porzelle billiger als sie habe kaufen können, eine förmliche Koalition geschlossen. Sanden und Buchmüller hätten alles aufgegeben, damit die Bauten aufs Solideste angeführt wurden. Andre Zeugen sollen bezeugen, daß Buchmüller die Lage der Aktiengesellschaft wohl für gut halten konnte und mit ihm über die geschäftlichen Beziehungen der Firma Anhalt u. Wagner zur Preussenanbahn und Aktiengesellschaft nie gesprochen wurde.

Nach kurzer Pause werden von den Rechtsanwaltschaften Verstein und Dr. Voller noch mehrere Anträge auf Zeugenvernehmung gestellt, denen vom Gericht entsprochen werden soll.

Auf Erfragen des Staatsanwalts Weck bekennt Vöhrerrevisor Hufschke, daß in den in der Anlagechrift gemachten Angaben betreffend das Gesamtvermögen und Gesamtvermögen des Angeklagten Eduard Sanden folgende Beträge enthalten sind, die aus dem Einkommen der Frau Sanden herrühren: 1892: 48 750 M., 1893: 59 400 M., 1894: 45 523 M., 1895: 72 978 M., 1896: 63 545 M., 1897: 65 957 M., 1898: 78 845 M., ferner folgendes Vermögen der Frau: 1895: 968 940 M., 1896: 1 117 198 M.

Auf Befragen erklärt Angeklagter Ed. Sanden, daß sein Wirtschaftsbetrieb jährlich 40 000 bis 50 000 M. betragen habe, wobei zu berücksichtigen sei, daß er eine zahlreiche Familie habe. — Staatsanwalt Weck hält die Schätzung für viel zu niedrig und meint, daß wohl mehr als das Doppelte heranzukommen dürfte.

Die Verhandlung wird hierauf auf zwei Stunden vertagt.

In der Nachmittags-Sitzung, die um 3 Uhr eröffnet wird, wird ein Fall erörtert, bei dem der Angeklagte Warkinski wegen Untreue zur Verantwortung gezogen wird.

Die tatsächlichen Verhältnisse, um die es sich hier handelt, sind im wesentlichen folgende: Im Jahre 1897 erhielten die Gebrüder Emil und Ferdinand Berg von der Deutschen Grundschuldbank durch Vermittelung des Gutbesizers Hans v. Westermeyer an ihr Berliner Grundstück Schiffbauerdamm 83 eine erstklassige Hypothek von 1 850 000 M. Auf diese Hypothek wurden in Anrechnung gebracht: 1. bereits eingetragene und von der Bank übernommene Hypotheken 1 880 000 Mark, 2. Provision für die Bank 18 150 M., 3. Provision für v. Westermeyer 81 850 M., 4. ein Betrag von 140 000 M., welche als Anzahlung auf vier an die Gebrüder Berg bei dieser Gelegenheit verkaufte Charlottenburger Grundstücke zurückbehalten wurden, 5. Kosten für die Uebertragung der Charlottenburger Grundstücke und die gewählte Hypothek 23 696 M., 6. rückständige Zinsen der Mecklenburger Sparbank 8890 M. Das sind zusammen 1 597 465 M. Nach dieser Berechnung würden die Gebr. Berg, obwohl sich die hypothekarische Belastung ihres Grundstücks um fast 300 000 M. steigerte, nur 52 534 M. in bar erhalten haben.

Dem Angeklagten Warkinski wird nun vom Staatsanwalt vorgeworfen, daß er bei der Belastung des Grundstücks Schiffbauerdamm Nr. 83 aus eigennütigen Gründen die im Statut vorgeschriebene Belastungsgrenze überschritten habe. Er soll sich ferner dadurch der Untreue schuldig gemacht haben, daß er auf die von den Gebr. Berg erstandenen Charlottenburger Grundstücke Restkaufgeld-Hypotheken eintragen ließ und drei davon an die Deutsche Grundschuldbank abtrat, obwohl, wie die Anlagebehörde behauptet, die Beträge der Hypotheken die Werte der Grundstücke überstiegen. Schließlich soll er der Deutschen Grundschuldbank bei der Abtretung dieser Hypotheken die üblichen Provisionen vorenthalten haben.

Der Angeklagte Warkinski bestreitet entschieden, sich der Untreue schuldig gemacht zu haben. Ueber die technischen Einzelheiten des Geschäfts, seine Zulässigkeit und den Wert der Charlottenburger Grundstücke sowie der betreffenden Hypotheken erheben sich wieder sehr eingehende Special-Erörterungen, an denen Staatsanwalt Weck, die Justizräte Modler und Stern und die Sachverständigen Kommerzienrat Lucas und Geheimrat Hecht — letztere unter Bekämpfung einiger Ausführungen des Angeklagten — teil nehmen.

In diesem Punkte werden noch die Zeugen Ferd. Berg, Baumeister Sonnenburg und Zeuge Paul Bernommen und die Sitzung auf Montag, 9 Uhr, vertagt.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Vierter Wahlkreis (Südost).** Da das Wetter an den Pfingstfeiertagen das Frühkonzert sehr beeinträchtigte, veranstaltet der vierte Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost) ein nachmaliges Frühkonzert am nächsten Sonntag, den 15. d. M., und zwar ebenfalls in den Lokalen von Joel und Ludwig in Treptow. Die Parteigenossen werden erucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen, zumal der Eintrittspreis nur 15 Pf. beträgt. Das Komitee.

**Die Parteigenossen des V. Berliner Wahlkreises** veranstalten heute, am Sonnabend, im Schweizer-Garten am Königsplatz ein Sommerfest. Der schöne Garten des Establishments bietet den Teilnehmern einen angenehmen Aufenthalt und für Unterhaltung wird ein recht vielseitiges Programm sorgen. Billets sind an der Kasse sowie bei den bekannten Parteigenossen zu haben.

**Schöneberg.** Sonntag früh von 1/8 Uhr ab Flugblatt-Verbreitung. Treffpunkt bei Altkf. Merseburgerstraße 7. Die Mitgliedsbücher sind zur Abstempelung mitzubringen.

**Friedrichshagen.** Die Mitglieder des Arbeiter-Vereins werden erucht, sich an der am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr, in Schöneberg im Saale des Herrn Karl Clasen (Waldschloß) stattfindenden Versammlung, in welcher Genosse Stadthagen sprechen wird, recht zahlreich zu beteiligen.

**Nieder-Schönevelde.** Der Wahlverein hält heute, Sonnabend, abends 8 Uhr bei Franz, Grünauerstraße 5, seine Versammlung ab.

## Lokales.

Die „Flucht“ aus den höheren Schulen.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung ist bei der Erörterung der Frage, ob an den städtischen höheren Schulen nach dem Vorschlag des Magistrats das Schulgeld um jährlich 10 Mark erhöht werden soll, von einigen Rednern des Freisinn die Befürchtung ausgesprochen worden, eine solche Maßregel werde eine Flucht aus den höheren Schulen zur Folge haben. Schon die Schulgelderhöhung von 1895 habe einen bedeutenden Rückgang der Frequenz der städtischen höheren Schulen bewirkt.

Herr Kreiling, der diesen Einwand vorbrachte, hat sich den Nachweis der Richtigkeit seiner Behauptung ebenso erpart wie Herr Cassel, der ihm eifrig zustimmte. Es wäre den Herren auch recht schwer geworden, diesen Nachweis zu führen. Zutreffend ist nur, daß die Frequenz der höheren Schulen zurückgegangen ist. Daß die Ursache dieser Erscheinung in jener Schulgelderhöhung von 1895 zu suchen sei, daß es eine ganz willkürliche Annahme, die durch die Thatsachen ohne weiteres widerlegt wird.

Wer die Verhältnisse nicht kennt, der mußte aus den Darlegungen der freisinnigen Redner den Eindruck gewinnen, daß die „Flucht“ aus den höheren Schulen genau in dem Jahre begonnen habe, von dem ab das höhere Schulgeld gezahlt werden mußte — im Jahre 1895. Die Herren kannten die Verhältnisse anscheinend selber nicht. Sie hätten sonst hinzuzufügen müssen, daß der Rückgang schon viel früher, gegen Ende der 80er Jahre, angefangen hat, und sie hätten daraus den Schluss ziehen müssen, daß die Schulgelderhöhung zum mindesten nicht von wesentlichem Einfluß auf die Frequenz gewesen sein kann.

Die Erhöhung des Schulgeldes trat in den städtischen höheren Lehranstalten am 1. April 1895 in Kraft. Um ihren Einfluß auf die Frequenz zu prüfen, wird man nicht, wie der freisinnige Redner es that, lediglich die Veränderungen eines einzigen Jahres, sondern die Frequenzbewegung etwa je eines ganzen Jahres für bezw. nach der Erhöhung betrachten müssen. Die jahresdurchschnittliche Frequenz der 20 städtischen höheren Schulen ging zurück: vom Schuljahre 1889/90 bis zum Schuljahre 1894/95 von 13 709 um 901 auf 12 808, dagegen vom Schuljahre 1894/95 bis zum Schuljahre 1899/1900 von 12 808 um nur 599 auf 12 209. Hiernach wäre nicht einmal die Annahme gerechtfertigt, daß der Rückgang der Frequenz durch die Erhöhung des Schulgeldes beschleunigt worden sei. Der Frequenzrückgang hat im Gegenteil trotz der Schulgelderhöhung in dem Jahreskreis nach 1895 eine Verlangsamung erfahren.

Etwas anders sieht die Sache aus, wenn man die Vorklassen und die Klassen Sexta bis Prima gesondert betrachtet. Es verminderten sich die Vorklassen vor der Schulgelderhöhung von 3007 auf 2821, d. h. um 186, nachher von 2821 auf 2616, d. h. um 205; dagegen die Schüler von Sexta bis Prima vorher von 10 792 auf 10 077, d. h. um 715, nachher von 10 077 auf 9683, d. h. um 394. Wer will, der kann hieraus den Schluss ziehen, daß wenigstens die Frequenz der Vorklassen durch die Erhöhung des Schulgeldes gelitten hat. Auch diesem Schluss müßten wir nicht so ohne weiteres zustimmen, aber wenn er zutreffend sein sollte, so würden wir eine solche Wirkung in Anbetracht der Ueberfülltheit und Schädlichkeit der Vorklassen erfreulich finden.

Auf die vermutliche Hauptursache des Frequenzrückganges, der in den höheren Schulen eingetreten ist, wurde in der erwähnten Stadtverordneten-Sitzung von Singer hingewiesen. Es ist augenscheinlich vor allem das Ausfließen der Realschulen in Berlin, was den Gymnasien, Realgymnasien usw. einen Teil ihrer Schüler entzogen hat. Die erste Realschule wurde im Oktober 1884 eröffnet, die zweite im Oktober 1886, die dritte und vierte im Oktober 1887. Die „Flucht“ aus den höheren Schulen, die damals begann, war von 1887 an zunächst nur an der Frequenz der unteren Klassen, seit 1889 bereits auch an der Gesamtfrequenz zu erkennen. Ende 1889 bestanden 6 Realschulen mit 1007 Schülern, bis Ende 1894 vermehrten sie sich auf 11 Schulen mit 4495 Schülern. Der Zuwachs an Realschülern belief sich also in den 5 Jahren vor 1895 auf 2588. In derselben Zeit ging die Frequenz der höheren Schulen (ohne die Vorklassen) um 715 zurück. Die 12 Realschule wurde April 1895 eröffnet — zu demselben Zeitpunkt, an dem die höheren Schulen das Schulgeld erhöhten. Eine weitere Vermehrung der Realschulen erfolgte dann zunächst nicht (die 13. wurde erst April 1902 eröffnet). Dementsprechend vermehrten sich auch die Realschüler von Ende 1894 bis Ende 1899 nur noch von 4495 auf 5171, d. h. in 5 Jahren nur um 676. In derselben Zeit hatten die höheren Schulen trotz der Schulgelderhöhung eine Verlangsamung der bisherigen Frequenzzunahme, die nun (wenn die Vorklassen weglassen) in 5 Jahren nur noch 394 betrug.

Das sind die Thatsachen! Möge jeder aus ihnen seine Schlüsse ziehen; aber den Schluss, daß die Schulgelderhöhung von nennenswerthem Einfluß auf die Frequenz der höheren Schulen gewesen sei, wird niemand aus ihnen ziehen können. Vereinzelt wird es ganz gewiß vorgekommen sein, daß die Schulgelderhöhung einen Vater, eine Mutter abgehalten hat, ihren Jungen eine höhere Schule besuchen zu lassen. Aber wer rechnen kann, der wird wissen,

daß bei dem Besuch einer solchen Schule wirklich nicht das Schulgeld, sondern die Kosten des Lebensunterhaltes das wichtigste sind. In den besser situierten Kreisen läßt sich vollends kein Mensch durch die Rücksicht auf die Höhe des Schulgeldes bestimmen, welche Bildung er seinem Jungen geben lassen will.

Was hierüber von Herrn Cassel unter dem Vorfall seiner Freunde vorgebracht wurde, das ist — rund herausgesagt — lächerlich. Dieselben Herren haben übrigens bei andern Gelegenheiten die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß es für einen Mann mit 600—800 M. Jahreseinkommen wenig ausmacht, wenn er jährlich 4 Mark Steuer zu entrichten hat, oder für einen Familienvater mit ähnlich geringem Verdienst keine drückende Belastung bilden kann, wenn er bei Erkrankung seines Kindes an Krankenhauskosten täglich 50 Pfennig mehr, also schon bei einer nur 20-tägigen Krankheit 10 M. mehr zahlen muß. Warum sind sie denn damals nicht für „eine gewisse Freigebigkeit“ eingetreten, wie sie sie jetzt gegenüber den meist nicht unbemittelten Eltern der die höheren Schulen besuchenden Kinder empfehlen?

**Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag.** Der Maler Friedrich Theodor Rabe in Friedrichshagen hat die Stadt Berlin für das Große Friedrichs-Bauhaus in Rummelsburg zum Erben eingesetzt. Die Höhe des Nachlasses steht noch nicht fest. Der Stadtverordneten-Versammlung soll eine Vorlage zugehen, in der sie um ihre Zustimmung erucht wird, die Erbschaft anzunehmen. Der Magistrat hat die Anstellung des Gerichtsassessors Dr. Schoden als Magistratsassessor auf sechs Jahre genehmigt. Vom französischen Geschäftsträger der Botschaft in Berlin ist ein Dankreiben für die von der Stadt Berlin den auf den Antillen (Martinique) durch Erbschen in Not geratenen Personen bewilligte Beihilfe eingegangen, das zur Kenntnis der Stadtverordneten-Versammlung gebracht werden wird. Zum Direktor des Sophien-Realgymnasiums wurde der Direktor der 9. Realschule, Dr. Rosenow, gewählt. Stadtbaurat Krause legte dem Kollegium die Pläne und Kostenaufschläge für die beiden Museensträßen zur Verbindung des Kaiser Friedrich-Walkens mit Nonnbrun und dem Ankergraben vor, die vom Magistrat genehmigt wurden. Die Baukosten sind für die Brücke nach dem Ankergraben auf 238 000 M. und für die Spreerbrücke auf 455 000 M. festgesetzt.

**Billige Arbeitskräfte** finden gegenwärtig bei den Pflasterungsarbeiten am Königsdamm vor dem Pfingstener Gefängnis Verwendung. Mit dem Aufreihen des Pflasters daselbst sind nämlich Straßengänge beschlagnahmt. Wie uns mitgeteilt wird, soll den Unternehmern, Hof-Steinsechmeister Schuffelbauer, keine Schuld hieran treffen, weil bei der Vergabung dieser Arbeiten die Verwendung von Gefangenen zur billigeren Herstellung der Straße gleich mit ausbedungen ist. Sei dem nun, wie ihm wolle, jedenfalls muß es an einen Arbeiter einen unangenehmen Eindruck machen, wenn er sieht, wie ihm in dieser Zeit der wirtschaftlichen Krise durch die Beschäftigung von Gefangenen das Brot geradezu vor dem Munde weggenommen wird.

**Ueber den Unfall des Herrn v. Weichroder** erzählt die „Allnische Volkssage“ folgende nähere Umstände. Das Automobil, das Herr v. Weichroder selbst lenkte, begegnete auf gerader Chaussee einem schweren zweirädrigen Karren mit einem Pferde. Der Fuhrmann gab Zeichen zum Langsamfahren, da er Scheu vor dem Pferde befürchtete, und blieb schließlich stehen, wobei er sein Pferd festhielt. Im Augenblick, als das Automobil in gleicher Höhe mit dem Wagen war, that das Pferd einen Satz, ungsächlichweise auf das Gefährt zu, welches antwortete, so daß das Pferd auf die Räder fiel und ein Scherbaum des Karrens abbrach. Das Automobil drehte sich nach der entgegengelegten Seite und schlug um, so daß das Vorderteil nach Dürren zurückgefiel. Herr v. Weichroder geriet mit dem Kopfe unter eine eierne Stütze, das Gesicht zur Erde. Die Verletzungen wurden noch dadurch verstärkt, daß der Motor weiter arbeitete, während das stützelnde Gefährt auf dem Kopfe des Verunglückten lag. Die ärztliche Untersuchung ergab an mehreren Stellen Schädelbrüche, und bei Entfernung der Knochen splitter zeigte sich, daß das Gehirn verletzt war. Herr v. Weichroder ist aus seiner Bewußtlosigkeit nicht wieder erwacht. Die beiden misshandelten Diener sind mit dem Schreck davon gekommen. — Von anderer Seite wird dem genannten Blatt noch gefachrieben: Es darf nicht verschwiegen werden, daß der bedauerliche Unfall des Baron v. Weichroder auf dessen eignes Verschulden zurückzuführen ist. Stundenweit in der Umgegend war das in der Regel rasend dahinsausende Automobil gefürchtet. Duzende von Füllen sind bekümmert, in denen Pferde scheuten. Menschen in Gefahr gerieten oder eine Viehherde in gefährliche Unordnung geriet wurde. Baron v. Weichroder nahm aber keinerlei Rücksicht auf Straßenverkehr oder spielende Kinder, und etwaige Beschwerden pfliegte er mit Drohungen zu beantworten. Dazu kam eine nur mittelmäßige Fahrfähigkeit, die er auf geraden Strecken im Uitzugtempo zu behätigen suchte. Beim Einfahren an einen beladenen Wagen ist nunmehr das schwere Locomobile umgefallen.

**Gegen den Reichsgläubner Gehlen** hatte der Magistrat von Charlottenburg einen Verleumdungsprozeß eingeleitet, weil Gehlen den städtischen Behörden Korruption vorgeworfen hatte. Die Sache schwebte lange Zeit; nach Verlauf von 2 Monaten zog der Magistrat kürzlich seinen Straf Antrag zurück. Nunmehr wurde das Verfahren ohne weiteres eingestellt. Damit war Gehlen nicht zufrieden, sein Verteidiger Dr. Werthauer legte Beschwerde ein und das Kammergericht hat nachfolgenden Beschluß gefaßt: In Erwägung, daß die Frage, ob der Straf Antrag rechtswirksam zurückgenommen ist, nach Eröffnung des Hauptverfahrens der Prüfung des erkennenden Richters nicht entzogen werden darf, daß somit die Einstellung des Verfahrens wegen Zurücknahme des Straftrags nach Eröffnung des Hauptverfahrens nur durch Urteil aufgehoben werden darf, wird beschloffen, der angefochtene Beschluß wird aufgehoben. — Es muß nun also doch eine neue öffentliche Verhandlung stattfinden, die dem Vernehmen nach bereits auf den 18. d. M. angesetzt sein soll.

**Für die Ferien-Sonderzüge nach Süd-Deutschland** ist folgende der nachfolgende Fahrplan herausgegeben worden: Nach München, Lindau, Auffsstein, Salzburg und Reichenshall gehen die Züge am 4. und 5. Juli nachmittags 2<sup>30</sup>, am 15. Juli und 15. August, nachmittags 2<sup>30</sup>, sämtlich vom Anhalter Bahnhof ab; die Züge nach München dienen ausschließlich dem Berliner Verkehr, unterwegs findet eine Aufnahme von Reisenden nicht statt, da hierfür besondere Züge eingelegt sind. Nach Frankfurt a. M., Straßburg i. E., Freiburg i. B., Trierberg, Konstanz, Colmar und Basel fahren die Züge am 4., 5. und 15. Juli vom Potsdamer Bahnhof um 7<sup>30</sup> abends ab, die letzten beiden Züge gehen über Weisenburg, der am 4. Juli über Heidelberg, am 15. August geht dann noch ein Sonderzug über Heidelberg um 8<sup>30</sup> abends vom hiesigen Anhalter Bahnhof ab. Nach Stuttgart, Ulm und Friedrichshafen am 19. Juli, 2<sup>30</sup> nach dem Anhalter Bahnhof. Ausgegeben werden 45 tägige Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen und zwar auf dem Potsdamer und Anhalter Bahnhof, auf dem Stettiner, Alexanderplatz, Friedrichstraße und Zoologischer Garten, im Smilchen Reisebureau und im Anwaltsamt, unter den Linden 24. Der Verkauf beginnt 14 Tage vor Abgang eines jeden Zuges und wird eine Woche vor Zugabgang geschlossen.

**Ein Liebesdrachödie?** Ein sonderbarer Fund, den ein Schnupmann von der Tiergartenwache am Dienstag in früher Morgenstunde machte, ist noch immer nicht aufgeklärt. Der Sicherheitsbeamte sah auf einem Hund gegen 3 Uhr morgens in der Nähe des Zoologischen Gartens einen großen jungen Mann, der einen langen schwarzen Ueberzieher trug, Arm in Arm mit einem kleineren, etwas beleibten jungen Mädchen, das einen weichen Hut trug. Er war dem Pärchen, das am Zoologischen Garten entlang ging, nicht



nahe genug, um es genauer sehen zu können. Da er hörte, daß die Leute sich heftig zankten, so nahm er sich vor, ihnen unbemerkt zu folgen. Als er sich einmal kurz nach etwas andrem umsehen mußte, verlor er plötzlich das Mädchen aus den Augen und sah es nicht wieder. Auch hörte er nun nichts mehr. In seiner Heberregung aber fand er bald darauf am Gartenufer unter einem Stadtbahndamm einen Schirm, ein Paar Handschuhe und einen Hut liegen. Es ist ein schwarzer Damenschirm, dessen Stiel eine kleine gebogene, tigerartig gefärbte und gekrümmte Krille trägt. Die Handschuhe sind aus hellgrauem Jwint, der Hut ist ein Damen-Strohhut und weiß, wie ihn jenes Mädchen trug. Er hat ein schwarzes Sammetband. Bei ihm lagen zwei Nadeln mit schwarzen Knöpfen. Von männlichen Kleidungsstücken fand sich keine Spur. Ob zwischen dem Fund und dem Streif, den der Schuttmann vernahm, ein Zusammenhang besteht, läßt sich nicht sagen, bevor die Eigentümerin der Sachen festgestellt ist. Nach der Prüft das schlaueste Ende im Landwehrkanal, so müssen die Jungen Leute, wenigstens das Mädchen, doch schon irgendwo vermißt werden.

**Das Haupt einer Einbrecherbande** ist in einem 85 Jahre alten Kaufmann Emil Schmidt festgenommen worden. Ein Kaufmann, der einen Augenblick in einem Hause der Ritterstraße zu thun hatte, ließ sein Zweirad mit dem ausgepackten Leberzucker vor der Thür stehen; als er es bei seiner Rückkehr nicht mehr fand, ging er sofort nach der Revierwache, um den Diebstahl anzuzeigen. Kaum hatte er die Wache verlassen, da begegnete ihm ein Mann mit feinem Rade, daß er, des Fahrens unkundig, neben sich herfiel. Der Revierhelfer ließ den Mann festnehmen und um stellte sich heraus, daß man den „Cassian-Schmidt“ gefangen hatte. Der Verhaftete stand an der Spitze einer Bande von Einbrechern, die Wohnungen und Geschäfte heimsucht. Eine Besonderheit dieser Leute ist, vom Keller aus durch eine Thür, die Decke oder auch durch eine Mauer einzubrechen. Wenn er bei einem Einbruch gestört oder gesehen worden war, so bemühte sich Cassian-Schmidt stets, sich so viel als möglich unkenntlich zu machen. So ließ er seinen großen Vollbart spitz zuschneiden, bei der nächsten Gelegenheit den Spitzbart und zuletzt auch den Schnurrbart verschneiden. Zwölf Einbrüche, deren er ohnehin überführt war, räumte er ein, andre bestritt er noch.

**Ein Ehedrama** hat sich Donnerstag in der Reuen Hochstraße abgepielt. Der 23 Jahre alte Schlosser Paul Pippke hat seine Frau, mit der er in unglücklicher Ehe lebte, durch Revolvererschüsse getötet. Pippke, der in der Hufjulenstraße 85 wohnt, hatte vor vier Jahren die Pflegerin der Reuen Hochstraße 2 wohnenden Witwe Lange, Anna Riemer, geheiratet. Dieser Ehe waren zwei Kinder entsprossen, von denen das ältere drei Jahre, das jüngere drei Wochen alt ist. Die Ehe war wenig glücklich, und zwar, wie es heißt, durch die Schuld des Mannes, welcher häufig arbeitslos war und sich nicht energisch genug um Beschäftigung bemühte. Es kam infolge dessen häufig zu Zwistigkeiten, und nachdem L. nicht mehr in der Lage war, für den notwendigen Lebensunterhalt Sorge zu tragen, verließ ihn die Frau vor acht Wochen und zog mit den beiden Kindern zu der Pflegemutter nach der Reuen Hochstraße. L. machte wiederholtlich Knüttelversuche, die jedoch um so mehr von der Frau zurückgewiesen wurden, als sich Pippke öfter in heftigen Drohungen erging. Gestern Abend gegen 1/27 Uhr erschien Pippke in der Langenschen Wohnung zu einer Zeit, als seine Frau allein in der Wohnung anwesend war. Der neunjährige Sohn der Witwe Lange spielte mit dem Pippkeschen Kinde auf dem Hofe. Die beiden Kleinen begaben sich mit dem Schlosser nach der Langenschen Wohnung, wobei die Frau Pippke in der Küche mit Wäsche beschäftigt war. Ohne erst seine Frau zu begrüßen, drängte er die beiden Kinder in ein Nebenzimmer, dessen Thür er abschloß, und zog dann plötzlich einen Revolver hervor, aus dem er mehrere Schüsse auf seine Frau abgab. Dann verließ der Mörder ungehindert die Wohnung. Hausbewohner, die durch die Detonation der Schüsse alarmiert worden waren, fanden Frau L. in einer Blutlache am Boden liegen bereits tot vor; sie war von drei Kugeln getroffen worden. Zwei waren in die Brust gegangen, während die dritte durch das Auge ins Gehirn gedrungen war und den sofortigen Tod herbeiführte hatte. Der Revolver, welcher an der Erde lag, enthielt noch drei Schüsse. Pippke hatte sich nach vollbrachter Missetat nach seiner Wohnung begeben und besuchte dann seine in demselben Hause wohnende Schwägerin. Er erzählte nichts von dem soeben verübten Verbrechen, war auch durchaus ruhig und forderte seinen Schwager auf, mit ihm ein Lokal zu besuchen. In dem Moment, als die Männer sich entfernen wollten, erschienen Polizeibeamte, die den Mörder verhafteten. Er wurde zunächst nach der Polizeiwache gebracht und hier bei seiner ersten Vernehmung brach L. in Tränen aus. Er wurde gestern mittag in das Untersuchungsgefängnis nach Moabit eingeliefert. Die Leiche der Ermordeten wurde nach dem Schauhaufe geschafft.

**Der Raubmordversuch in der Sellenstraße** ist bereits aufgeklärt und der Thäter festgenommen. In der alten Altbauwohnung, die der Räuber in der Wohnung der Witwe Altman zurückließ, fand die Kriminalpolizei außer der schon erwähnten Raubharmonika auch noch einen neuen Taschenspiegel mit der Aufschrift: „Theodor Trettin 80 Monate, 6. März 1902.“ Dieser Theodor Trettin ist, wie aus den Akten festzustellen wurde, ein am 8. Dezember 1881 zu Raumburg geborener Arbeiter, der wegen Diebstahls schon acht Mal bestraft ist. Am 6. März war er nach Verübung seiner letzten Gefängnisstrafe von 2 1/2 Jahren nach Berlin gekommen. Hier erinnerte er sich eines Veters, des Schriftsetzers Trettin, der bei Frau Altman in Schloßstraße wohnt. Da er vorankommen mußte, daß sein Vetter nichts mehr werde von ihm wissen wollen, als seine andern Verwandten, so beschloß er gleich, ihn zu bestehlen. Um eine Gelegenheit auszunutzen, kam er nach der Sellenstraße, spielte vor dem Hause, in dem sein Vetter wohnte, die Harmonika und fragte die Kinder nach den Verhältnissen im Hause aus. So erfuhr er auch, daß die greise Frau Altman zwischen 10 und 12 Uhr in der Regel allein in ihrer Wohnung sei. Diese Kenntnis benutzte er dann zur Ausführung seines räuberischen Planes. Nachdem die Kriminalpolizei die Persönlichkeit des mutmaßlichen Täters festgestellt hatte, suchte sie sofort alle Nachkommen ab und beobachtete alle Wohnhöfe. Ihre Vermutung, daß Trettin versuchen werde, sich nach einem Vorort in Sicherheit zu bringen, erwies sich als richtig. Gegen 11 Uhr abends tauchte er auf dem Schleißchen Wohnhofe auf und wurde von dem Kriminalbeamten sogleich in Empfang genommen. Bei seiner Vernehmung beugnete er sich zu einem umfassenden Geständnis. Er räumte ein, die alte Frau in der Sellenstraße zu betäuben und sie ermordet zu haben und war dann sehr erstaunt, als er hörte, daß die Frau wieder zu sich gekommen ist und lebt.

**Einen schrecklichen Selbstmord** versuchte der 26 jährige Sohn des Schuhmachers G. in der Dunderstraße, indem er sich aus der im 4. Stock gelegenen Wohnung seiner Eltern auf den Hof hinabschleifte. Er erlitt schwere innere Verletzungen. Der Knabe hatte sich, wie schon früher, tagelang umhergetrieben und fürchtete sich nun vor einer Plünderung.

**Straßenverengung.** Die Friedrichstraße zwischen der Dorotheen- und Mittelstraße wird wegen Umpflasterung von heute ab auf etwa zwei Tage für Fußwägen und Weiter gesperrt, ebenso der östliche Damm der Potsdamerstraße von der Potsdamer Brücke bis zur Rigoldstraße.

**Von einem herabfallenden Stein** ist gestern nachmittag 4 Uhr an dem in der Fruchtstraße, dem Schleißchen Wohnhof gegenüber gelegenen Hause ein unbekannter Mann schwer verletzt worden. An dem Hause wird eine Rüstung errichtet, weil die Fassade abgeputzt werden soll. Infolge eines unglücklichen Zufalls löste sich der Kiesel und fiel dem auf der Straße gehenden Unbekannten auf den Kopf. Der Mann brach sofort zusammen und wurde in besinnungslosem Zustande nach der Unfallstation am Grünen Weg 17 gebracht.

„Das ist unser Feuer, Ihr habt hier nichts zu läschen!“ Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern nachmittag in der Sellenstraße 18 auf Schöneberger Gebiet zum Ausbruch und zwar durch

die Unvorsichtigkeit eines Dienstmädchens. Dieses hatte in einer dunklen Bodenlammer mit Streichhölzern hantiert, die noch glühende Händhölzer achlos beiseite geworfen und dadurch verschiedene Gegenstände in Brand gesetzt. Anstatt nun die Feuerwehrschnell herbeizuholen, versuchte das Mädchen mit einigen andern Hausbewohnern die Flamme allein zu ersticken, was indes nicht gelang. Da die gegenüberliegende Straßenseite zu Berlin gehört, so rückten auf die Feuermeldung hin vier Berliner Löschzüge an, deren Hilfe jedoch von der Ortsfeuerwehr abgelehnt wurde. Eine enorme Verqualmung, die sich bis ins Erdgeschoß erstreckte, erschwerte die Vöscharbeiten sehr, denn es war nur unter Anwendung von Rauchhelmen zum Brandherde vorzudringen. Von drei verschiedenen Seiten aus traten vier Dampfspritzrohre in Tätigkeit. Immerhin aber dauerte es 1 1/2 Stunden, ehe das Feuer zum Stehen kam. Verschiedene Feuerwehreute waren durch den Rauch so stark mitgenommen, daß ihnen Sauerstoff eingeatmet werden mußte. Der größte Teil des Dachstuhles samt den Bodenlammern wurde eingestürzt. Die vollständige Ablösung zog sich bis in die Abendstunden hin.

**Feuerbericht.** Ein größerer Brand beschäftigte die Feuerwehr in der Nacht zum Freitag zwei Stunden in der Rübendörferstr. 7. Hier ist das vierstöckige Ouergebäude durchweg mit Tischlereien besetzt, so daß einem ausbrechenden Feuer reiche Nahrung zu Gebote steht. Freilich kurz nach 1 Uhr wurde nun vom Schönen Weg aus beobachtet, daß Flammen aus dem Dache des Ouergebäudes schlugen. Die schnell herbeigekommene Feuerwehr sorgte durch energisches Wassergeben dafür, daß das Feuer von den stark bedrohten Tischlereien ferngehalten wurde, was ihr auch gelang. Weidreher Bodenlammern und ein erheblicher Teil des Dachstuhles wurden jedoch eingestürzt. Vorher hatte die Wehr in der Weidenburgerstr. 59 zu thun, wo ein Küchenbrand abzulöschen war.

#### Aus den Nachbarorten.

**Die Wahl des Parteigenossen Kaufner zum Stadtverordneten von Rixdorf,** die von der Stadtverordneten-Versammlung für unglücklich vom Bezirksausschuß aber für gültig erklärt worden war, beschäftigte gestern das Ober-Verwaltungsgericht als Berufungssinstanz. Das Gericht beschloß eine Beweis-erhebung.

**Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung** hatte in ihrer Sitzung vom 12. Juni über eine Magistratsvorlage zu beschließen, welche die Zusammenlegung der Grundstücke in den Rübendörfer, den Tempelhofer Diefen und den Judenwiesen gemäß § 1 des Gesetzes vom 2. April 1872 bezweckt. Außer der besseren wirtschaftlichen Verwertung jener Grundstücke durch die jetzigen Besitzer soll durch die Zusammenlegung und Neuverteilung die Schaffung städtischer Straßen und Plätze re. ermöglicht werden. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage angenommen. — Eine Magistratsvorlage, betreffend den Ankauf eines Grundstücks für städtische Zwecke, führte zu einer lebhaften Diskussion über die Grund- und Bodenpolitik der Stadt Rixdorf. Eine starke Minorität der bürgerlichen Stadtverordneten war gegen den Ankauf des Grundstücks, und von ihren Vertretern wurde unter andern auch geltend gemacht, daß es hier noch nicht nötig sei, zuzugreifen und die Gemeinde durch die Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen — einige Hypotheken sollen auf dem Grundstück verbleiben — zu belasten. Günstigere Kaufgelegenheiten vermögten die Herren nicht nachzuweisen. Stadtv. Conrad (Soc.) legte demgegenüber ausführlich und treffend dar, daß eine gesunde kommunale Grund- und Bodenpolitik das Beste für die Gemeinde sei, in dem Besitz von Grundstücken zu kommen. Ein Grund, dem Magistrat und der Grundbesitzungs-Deputation Vorwürfe zu machen, daß sie ohne Not ans Kaufen gehen wollten, liege absolut nicht vor. Im Gegenteil müßten Redner und seine Freunde bedenken, daß der Magistrat und vordem die Gemeindeverwaltung nicht schon früher dem Erwerb von Grundstücken eine größere Aufmerksamkeit gewidmet habe. — Vom Magistratsamt wurde die Richtigkeit rechtzeitigen Grunderverbeses angegeben. — Die Vorlage wurde schließlich mit 22 gegen etwa 18 Stimmen genehmigt.

**Der Kommunalwahlkampf in Lichtenberg** kommt nicht zu Ende. Die Mandate der Genossen Kette und Weiskind sind dank dem Preisinn gehen von der Gemeindevertretung für ungültig erklärt worden. Entgegen der Koren Bestimmung der Landgemeinde-Ordnung verjagte Herr Plonitz, der auch hier wie im ersten Falle für den „Einprücherheber“ die Begründung übernommen hatte, nachzuweisen, daß nicht das Nichtigem eines Teiles des Grundstückes den Begriff „Angelehener“ im Sinne der Landgemeinde-Ordnung in sich fasse. Mit 11 Stimmen gegen 10 Stimmen wurden im „Interesse des Rechtes“, wie Herr Plonitz meinte, die beiden Mandate unserer Parteigenossen für ungültig erklärt; der weitere Antrag, die bürgerlichen Kandidaten, die 6 Stimmen auf sich vereinten, als gewählt zu betrachten, wurde abgelehnt. Die Genossen Schulz und Grauer sowie der Kreis- und Kreis-Bezirksrat Kühn (1. Abteilung) wurden dann in die Gemeindevertretung eingeführt und verpflichtet. Bei der Wahl eines Schulkommissionsmitgliedes wurde die Vertretung der Arbeiterpartei nicht gewünscht; Genosse Grauer unterlag mit 9 gegen 12 Stimmen.

Ein Steuerzuschuß zur Veranlagung der Grundwertsteuer mußte sich aber dann die Delegation zweier Arbeiter gefallen lassen. E. Schulz und Grauer wurden gewählt. Die Regulierung der Eldenaerstraße mit einem Zuschuß von annähernd 80 000 Mark wurde genehmigt, ebenso die Erbauung eines Dienstgebäudes für den Archivinspektor. Einer der unangenehmsten Forderungen der „Arbeiterpartei“ mußte man endlich nachgeben; die Erbauung von zwei Turuhallen wurde zum Gegenstand der Verhandlung gemacht. Der Gemeindevorstand wurde durch den Genossen Grauer lebhaft unterstützt; die Vorlage wurde angenommen und die Kosten mit 74 000 M. bewilligt. — Als Zuschuß für einen Kirchenbau, dessen Projekt noch gar nicht bekannt ist, wurden nach einem ungeheuren Wortschwall des freisinnigen Redners, das einen Scheinsecht sehr ähnlich sah, mit 12 gegen 11 Stimmen 80 000 M. bewilligt. Die Entsehung der beiden Arbeitervertreter zeigte hier sofort seine Wirkung.

Während für die Erbauung eines Krankenhauses ein dringendes Bedürfnis nicht anerkannt wurde, stellte der Gemeindevorsteher es als eine Pflicht der politischen Gemeinde hin, für das reichliche Bedürfnis einzutreten. Unsere Parteigenossen werden sich dies Agitationsmaterial nicht entgehen lassen.

**Aus den Weiskenschen** schreibt man uns: Hierorts scheint zur Zeit die Stadtrechtsfrage in den Hintergrund zu rücken, denn in Grundbesitzkreisen interessiert man sich augenblicklich für die Eingemeindung in Berlin. Der günstige Verlauf der Verhandlungen zwischen Berlin und Lichtenberg gab Veranlassung, eine Kommission einzusetzen, welche mit dem Berliner Magistrat Verhandlungen anknüpfen soll. Die Arbeiterpartei unseres Ortes steht dieser Frage abwartend gegenüber; denn fürs erste würden nur die Haus- und Grundbesitzer von der Eingemeindung Vorteil haben. Ein Vorteil für alle würde es sein, wenn es gelänge, den Berliner Magistrat zu veranlassen, die miserablen Wegeverhältnisse in der Greifswalderstraße von der Danzigerstraße bis zur Grenze zu regeln, damit diese Gegend der bebauten erschlossen würde. Dasselbe trifft auf die Frenzlauer Allee zu. Auch könnten die Grundbesitzer-Vereine für bessere Wege und Wegerechte am Ort eintreten. Wie sind gespannt, wie sich die Herren in der am Montag stattfindenden Gemeindevorsteher-Sitzung benehmen werden, wo die Eingemeindung auf der Tagesordnung steht.

**Die Feindschaft des Unternehmertums** gegen die den sozialen Frieden dienende Einrichtung der Gewerbegerichte kam recht drasslich in der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung von Ober-Schöneweide zum Ausdruck. Es wird uns darüber berichtet: Auf der Tagesordnung stand zunächst der seiner Zeit von der hiesigen Arbeiterpartei gestellte Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts, welcher schon mehrere Sitzungen beschäftigt hat. Eine Umfrage bei den hiesigen Kleingewerbetreibenden

hatte das Ergebnis, daß sich nur zwei Unternehmer für und etwa zwanzig gegen ein Gewerbegericht erklärten, ebenso wollte eine Versammlung dieser Herren nichts von einem Gewerbegericht wissen.

Wichtiger Charakteristik waren einige der Erklärungen dieser Herren. Einer dieser Herren gab der Besichtigung Ausdruck, daß eine solche Institution den Parteiführern nur Stoff zu Aufwiegeleien geben würde. Ein anderer wieder meinte, das Gewerbegericht gebe den Arbeitern nur Gelegenheit, einige Wochen kostloses Dummeln herauszulagern.

Der Gemeindevorsteher E.ardt gab seiner Verwunderung über solche Anschauungen Ausdruck und bat, trotzdem der Errichtung eines Gewerbegerichts zugestimmt. Unterjützt wurde er auch vom Vertreter Baumeister Lehmann. Genosse Grunow, der in dieser Sitzung eingeführt worden war, unterzog die Erklärungen der Gewerbetreibenden einer scharfen Kritik und wies auf die Agitation dieser Herren hin, die mit verwerflichen Mitteln darauf hinarbeitet, den Antrag zu Fall zu bringen. Die Vertreter der ersten und zweiten Klasse, nämlich Direktoren hiesiger großer Industriewerke, erklärten, daß sie mit dem Augenblick der Errichtung eines Gewerbegerichts von dem ihnen gesetzlich zustehenden Rechte der Errichtung von Schiedsgerichten für ihre Betriebe Gebrauch machen würden, um so gewissermaßen das Gewerbegericht lahmzulegen. Genosse Grunow fand es eigentümlich, daß die Herren mit solchen Drohungen eine segensreiche Einrichtung zu Fall zu bringen suchten und bei dieser Gelegenheit plötzlich ihr gutes Herz für die Arbeiter durch Schaffung von Schiedsgerichten offenbaren wollten. — Es wurde beschloffen, daß zu einer späteren Sitzung ein Kostenaufschlag vorgelegt werden soll.

An diesem Beispiel sieht die Regierung des Staates der Sozialreform von neuem, daß es die Unternehmer sind, welche jede sozialreformatorische Handlung, die den Arbeiter zu seinem Recht kommen lassen könnte, bis auf die hintertrieben suchen. Was den Staat der Sozialreform nicht hindert, besagte Unternehmer mit allen polizeilichen Machtmitteln gegen die Arbeiter zu unterstützen.

**In Schöneberg** hat der Magistrat beschlossen, den durch das Unwetter am 14. April d. J. betroffenen Personen eine Beihilfe von insgesamt 1025 M. zu bewilligen. Die zur Prüfung der Entschädigungsaufträge eingesetzte Kommission hat nach sorgfältigen Ermittlungen dahin entschieden, daß von den 12 eingegangenen Gesuchen 11 zu berücksichtigen seien. Die Antragsteller sind meistens Geschäftsleute, denen durch Eindringen des Wassers in die Keller ein nachweisbarer Schaden durch Inbrandbarmachung der dort vorhandenen gewesenen Warenvorräte entstanden ist.

**Friedenan.** Von wenig Rücksicht auf die Arbeiter zeigt eine Bekanntmachung des hiesigen Gemeindevorsteher. Aus Anlaß der zu 1. Juli d. J. neu zu errichtenden Orts-Krankenkasse für Friedenan ladet er die beteiligten Versicherungs-pflichtigen zum Montag, den 16. d. M., abends 6 Uhr, nach dem Restaurant „Kaffee Wilhelm-Garten“ ein, damit sie sich über das entworfene Statut erklären. Wenn der Gemeindevorsteher nicht nur der gesetzlichen Pflicht genügen, sondern wirklich den beteiligten Arbeitern auch Gelegenheit bieten wollte, zahlreich zu erscheinen, so wäre es richtiger gewesen, die Versammlung auf eine spätere Stunde anzuberaumen, wo ihnen ihr Beruf das Erscheinen gestattete. Doppelte Pflicht derjenigen Versicherungs-pflichtigen, welche um 6 Uhr bereits erscheinen können, ist es daher, auf dem Posten zu sein.

Die Rechnung ohne den Wurm — Gemeindevorstand gemacht hatte unsere Gemeindevorstellung, als sie beschloß, die bewußte Kellernlaternen vor dem Gemeindevorstand zu entfernen. Die Laternen ist von dem Straßenland entfernt und — einige Fuß weiter in dem Vorgarten des Hauses, in welchem sich das Gemeindevorstand befindet, aufgestellt worden, und zwar mit Genehmigung des Gemeindevorstandes. Ueber diesen Standort hat die Gemeindevorstellung „nir zu seggen“. Die Lokalpatrioten sind nun zwar die jährliche Einnahme von 8 M. los, die Laternen haben sie aber behalten.

**Friedrichsfelde.** Eine praktische Keuerung ist an der hiesigen Schule eingeführt. Beim naturgeschichtlichen Unterricht führt der Lehrer die Kinder seiner Klasse in den nahen Schloßpark und erklärt dort das Wesen der Pflanzen re. — Arbeiter fanden in Karlsdorf in einer unregulierten Straße die Leiche eines mehrere Tage alten Kindes weiblichen Geschlechts. Strangulationsmerkmale wiesen darauf hin, daß das Kind erdrosselt ist. Am Samstag soll die gerichtsarztliche Oeffnung stattfinden. Die Recherchen nach der Mutter sind bisher ergebnislos verlaufen. — Seit 1 1/2 Jahren besteht hier am Orte die von der Gemeindevertretung gewählte sechsgliedrige Gesundheitskommission. Bisher hat man noch nie von irgend einer Tätigkeit der Kommission etwas gehört oder gesehen. Verwunderlich ist dies nicht, wenn man bedenkt, daß nur Hausbesitzer Mitglieder sind.

**Pankow.** Die Gemeindevertretung hat beschlossen, am Orte eine Gemeinde-Sparrasse zu errichten, welche am 1. Januar 1903 in Funktion treten soll. — Der seiner Zeit so heftig bekämpfte Kathansbau nähert sich seiner Vollendung und soll am 1. Oktober d. J. so weit fertig gestellt sein, daß die Büroräume bezogen werden können, während die Repräsentationsräume erst später der Benutzung übergeben werden; ebenfalls wird der 120 Quadratmeter große Sitzungssaal später fertig. Das seiner Zeit auf 400 000 Mark veranschlagte Gebäude wird 415 000 M. kosten, wozu noch die innere Einrichtung mit 55 000 M. hinzugerechnet werden muß, so daß die Gesamtsumme auf 470 000 M. zu stehen kommt.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 15. Juni, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegemeinde, R. I. Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Die betreibende Wirkung des Humors und der Trägheit.“ — Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musikharmonium. — Gähre, Damen und Herren, sehr willkommen.

**In der Humanistischen Gemeinde,** Riederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderischen Ober-Realschule, hält am Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: „Vergehen“. Damen und Herren haben freien Zutritt.

**Allgemeine Kranken- und Tierheilkasse der Metallarbeiter** (G. S. 20), Filiale Rummelsburg. Sonntag, den 15. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schumann, Rieg, Neue Prinz Albersstraße 70-71: Mitgliederversammlung. Bericht von der Generalversammlung. Protokoll für April-Mai. Bericht der Ortsverwaltung. Wahl der Ortsverwaltung und Revisoren. Interne Angelegenheiten.

#### Witterungsübersicht vom 13. Juni 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand um	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. 10° C.	Stationen	Barometer stand um	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. 10° C.
Schwetzingen	757	SO	4 wolkenf.	16	16	Opavanda	762	S	2 wolkenf.	5	16
Hamburg	753	SO	4 bedekt	16	16	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	759	SO	3 bis bed.	15	15	Gort	754	NO	4 bis bed.	11	11
Frankf./M.	754	SO	3 bedekt	15	15	Arberben	—	—	—	—	—
München	757	SO	5 bedekt	14	14	Paris	752	SO	3 bedekt	13	13
Wien	755	SO	— bedekt	16	16	—	—	—	—	—	—

**Wetter-Prognose für Sonntag, den 14. Juni 1902.** Nachts etwas wärmer, am Montag kühler, vorwiegend trübe und regnerisch bei ziemlich frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

#### Briefkasten der Redaktion.

**J. W.** Die „Berliner Morgenpost“ ist im Besitz der Firma August Scherl.

**Trandvaal.** Fragen Sie nach in Karl Rieck's Brief-Bureau, Unter den Linden 57.

**Hirschfeld.** Sitzung des Vereins jeden Donnerstagabend 9 Uhr im Vordrache, Oranien, Lüneburgerstr. 17.

**Gogel.** Von einem Vesper wird uns mitgeteilt, daß am 12. Juni 1877 nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr ein Gewitter mit ungewöhnlich starkem Hagel über Berlin niederging. Der Hagel zerstörte viele Fenster-scheiben.

**S. S. 1902.** Centralverband der Handlungsgehilfen.



**Sticker.** Die Bundesratsverordnung ist nachträglich dahin befristet worden, daß Weiterverleiher geistiger Werke anzuwenden haben. — **S. G. 28.** Ohne schriftliche ausdrückliche Genehmigung des Verlegers dürfen die Werke nicht abgeschrieben werden. — **W. 100.** 1. 15 bis 25 M. monatlich werden als angemessen erachtet. 2. Unbefristet. — **Douche.** Das auch nur fahrlässige Ausgehen von Pflichten auf die Strafe ist durch § 104 der Berliner Strafrechtsordnung unterlagert. Leg in Ihrem Fall dies nicht vor, so können Sie einem Strafmandat in Ruhe entgegengehen. — **L. B. 3.** — **J. S.** Sie können noch jetzt den Zahlungsbefehl mit dem Antrag einreichen, ihn für vorläufig vollstreckbar zu erklären. — **P. S.** Haben Sie einen Betrieb — ob das der Fall ist, ergibt Ihre Anfrage nicht — so ist der Arbeiter Krankenversicherungsbeitrag, Sie eventuell ersparlich. — **P. W.** Nein. — **H. S.** Sie könnten Ihr Gewerbe einfach anmelden; eine Genehmigung ist nicht erforderlich. Ein Heilbieten von Arznei- und Geheim-

mitteln im Umherziehen ist ausgeschlossen. — **G. 96.** 1.—3. Das Amtsgericht kann jemand entmündigen, der infolge von Trunksucht seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag oder sich oder seine Familie der Gefahr des Ruins aussetzt oder die Sicherheit anderer gefährdet. 4. Ja. — **J. S. Köln.** Ihnen steht ein Anspruch auf 14 Tage Lohn zu. — **J. S. Ludenwalde.** 1. Ja. Die Steuerforderung verjährt erst in 4 Jahren. 2. Die Versicherungsgelder können vom Einkommen in Abzug gebracht werden. — **K. W.** Die Frau haftet für Kosten ihres Mannes nicht. Werden ihr gehörige Sachen gepfändet, so kann sie beim Amtsgericht des Pfändungsorts Interventionstage erheben. Ein Beispiel für eine Interventionstage und einen Einsetzungsantrag finden Sie in dem in den öffentlichen Verzeichnissen ausliegenden „Arbeiterrecht“, S. 432, Nr. 63 und 64. — **P. T. 50.** Sie brauchen die Räume nur so zu übergeben, wie Sie sie tatsächlich übergeben erhalten haben, und wie sie infolge des

gewöhnlichen Gebrauchs geworden sind. — **129. R.** Sie können Strafantrag stellen und Schadenersatzklage erheben. — **R. Rein.** — **M. P. 11.** Nicht Sie, sondern derjenige, der die Scheibe im Haus für zerbrochen hat, hat deren Wert dem Wert zu ersetzen. — **D. S. 24.** 1. und 2. Das ist möglich, aber unwahrscheinlich. Eventuell Geldstrafe. 3. Ja. Geld- oder Gefängnisstrafe. — **S. in B.** Eine civilrechtliche Haftbarkeit des Verfassers kann aus dem Inhalt des Kritikers folgen. Die Veröffentlichung ist zulässig, aber gilt als unanständig. — **O. Wilton.** Aus solchen Schreiben könnte man eine strafbare Handlung bezweifeln. Es ist besser, den direkten Klageweg zu beschreiten. — **M. W. Wienerfrage.** Zu einem solchen Abzug vom Lohn ist der Meister nicht berechtigt. — **M. S. 1.** Nein. 2. Ja. 3. Nein. 4. Die Klage müßten Sie zurücknehmen, die Zurücknahme dem Gegner zufließen und unter Überweisung der Rücknahme Abbestellung der Zeugen beim Gericht beantragen. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, den 14. Juni.  
Opernhaus. Figaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Johannisnacht. — Der eingebildete Kranke. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Gastspiel der Königl. Hofoper aus Stuttgart. Dresden. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Im Niederbühlhaus: Offenbach: Cyprien, Frigolien und Diebchen. — Der Regimentsjunker. — Das Mädchen von Figonza. Anfang 8 Uhr.  
Schiller. Die Mottenburger. Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.  
Wehen. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Metropol. (Morwitz-Oper.) Undine. Anfang 8 Uhr.  
Neues. Die Großstadt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Heubenz. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Coralle u. Cie. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Gastspiel der Schillerfeier. Der Amerika Seppel. Anfang 8 Uhr.  
Volkstheater. Die Dame aus Trouville. Hierauf bei ungünstiger Witterung im Theater: Fr. Anfang 8 Uhr.  
Carl Weiss. Die Piper. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Einen Jux will er sich machen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
G. v. Holzogens Neues Theater (Niederbühl). Anfang 8 Uhr.  
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Rosenmarkt. — Schöne Seelen. — Der Kitzbäuer. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Cryphus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Lystrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Täglich: Sternwarte.

**Schiller-Theater**  
(Wagner-Theater).  
Sonnabendabend 8 Uhr: Die Mottenburger.  
Poffe mit Gesang in sechs Bildern von D. Ralisch und H. Weirauch. Musik von H. Wal.  
Sonnabendabend 8 Uhr: Unter blonden Besten. Der Thor und der Tod. — Paracelsus. — Post festum.  
Montagabend 8 Uhr: Die Mottenburger.

**Central-Theater.**  
Sonnabend, den 14. Juni, Anfang 8 Uhr. Zum 154. Male: Coralle & Cie.  
Schwanz in 3 Akte v. Albin Salabracque und Maurice Demoulin.  
Morgen u. folgende Tage: Coralle & Cie.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr. Morwitz-Oper.  
Sonnabend: Populäre Vorstellung bei halben Preisen:  
**Undine.**  
Sonntag: Vorletztes Gastspiel Heinrich Bötel:  
Der Troubadour.  
Montag: Die Hugenotten.  
Dienstag: Abschieds-Gastspiel Heinrich Bötel: Martha.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute: Kleinfest-Konzert.  
Bei günstiger Witterung auf der Sommerbühne:  
**Die Dame aus Trouville**  
Schwanz mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Hierauf: „Gr.“. Lebensbild in 1 Akt. Garten-Entrée inkl. Vorstellung 30 Pf.  
**Schall und Rauch**  
(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Sonnabend, 14. Juni, abds. 8 1/2 Uhr:  
**Serenissimus-Zwischenspiele** u. a.

**Urania.**

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:

**Die deutsche Ostseeküste.**

**CASTANS Panoptikum**

Friedrich-Strasse 165.  
Photographische Aufnahme von der Insel Martinique und von den Schlauchfeldern Transvaals.  
Im Konzertsaal: Schwedische Künstlerkapelle 4 Damen, 2 Herren.

**Passage-Panoptikum.**  
Der weibliche Affenmensch. Die Seejungfer. Der Tigerknabe.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 8 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Willy Prager**  
16 Elite-Nummern.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstr. 132.  
Nur noch kurze Zeit.  
**Die Viper.**  
Kriminalroman in 7 Bildern. Anfang 8 Uhr.  
Sonntagabend 8 Uhr: Die Räuber. Im Garten: Gr. Sommerfest. Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

**Prater-Theater**  
Kassanien, Allee 7-9.  
Täglich:  
**Durch fremde Schuld.**  
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten. Ballettes. Catalin. Tyrolonno Mary Elyss. Grützeque-Rom. Paul Coradini. Brothers Fred, unist. Excitator. Mr. Bartling, leb. Photogr. Fred Marzabini Troupe, Pantom. Musikantenstreiche. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Glühkörper.) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

**Max Kliems Sommer-Theater.**  
Hasenheide 13-15.  
Artistischer Leiter: Gust. Sock.  
Täglich:  
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung  
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!  
Donnerstag: Elite-Tag.

**Allerlei-Theater**  
früher Puhlmann  
Schönhauser-Allee No. 148.  
Durchweg glanzvoll erneuert!  
Täglich: Gr. Garten-Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.  
Kommen! Zehen! Zinnen!  
Abendlich stürmischer Beifall des erkrankten Fieles: Programm!  
Im Prateraal: Gr. Ball.  
Anfang Konzert 5 Uhr, Forts. 6 Uhr. Entrée 30 Pf., Speise 50 Pf.  
Vorzeiger dieser Annonce zahlen auf all. Plätzen d. Hälfte. Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.  
Neues Programm!

Billigste, Beste  
**Stroh-hüte**

Binsens-Hüte  crème mit schwarzem Band . . . 90 Pf.

Stroh-Hüte mit gerader Krempe 2 M., 1 M. 25, 90 Pf. 45 Pf.

Palm-Hüte mit gerader Krempe, weiss mit schwarzem Band 1.25 M.

Kniff-Hüte weiss und farbig 2, 1 Mk., 65 Pf.

Besonders günstige Abschlüsse ermöglichen obige erstaunliche Angebote.

Sommer-Joppen für Herren 90 Pf. Lüster-Herren-Jackets 2 M. 65.

**Baer Sohn**  
Chausseestrasse 24a-25, 11 Brückenstrasse 11, 20 Gr. Frankfurterstr. 20.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachmittags 5 Uhr:  
Grosses Militär-Doppel-Konzert.  
Entrée 1 Mk., ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. — Sonntag und Donnerstag 3 Kapellen.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.  
Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.  
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: Tanzfräulein. Tanz frei!  
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr. Entrée 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

**Schweizer Garten**  
Am Königsthor 42029  
Am Friedrichshain  
Täglich:  
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.  
Freier Damentanz bis 7 Uhr.  
Um 10 Uhr: Esuane im Bade.

**Kraft-Rothwein**  
Für Blutmarme u. Kranke ärztlich empfohlen  
Feurig-Süßes  
Fi. 150 u. 2 M. Überall zu haben  
empfehlen Dr. von Walek.

**Apollo-Theater**  
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.  
Um 8 Uhr: Die neuen sensationellen Spezialitäten!  
Um 9 Uhr: Kolossaler Lach-erfolg. Paul Linckes Anstaltungs-Operette  
**Lysistrata**  
mit dem Luftballett „Origolette“  
Kasseneröffnung 7 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Friedrichstraße 16.  
Täglich im Garten:  
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Onkel Don Juan.  
Poffe mit Gesang u. Tanz v. E. Brante.

**Sommertheater**  
**Marienbad**  
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.  
Täglich:  
Gr. Spezialität-Vorstellung.  
Berliner Waschermädel.  
Mittwoch und Sonntag: Ball.  
Entrée 20 Pf.

**Ober-Schöneweide**  
Wilhelminenhofstr. 18.  
Arbeiter-Verkehrs-Lokal.  
Parteiengenossen empfehle bei Ausflügen mein Weich- und Weirisch-Bierlokal. Schöner schattiger Garten mit Regelmäßigem Direkter Ausguss nach herrlichem Walde. Familien können Kaffee kochen, a. hier 50 Pf. 600\*  
Ernst Kaufholt.

Cigarren- u. Cigaretten-Fabrik Schillingstr. 7. Benuß. Schillingstr. 7. Engros u. Einzel empfiehlen nur feinste Qualitäten. 1896\*  
H. Fyrrst.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

**Wintergarten.**  
Aus dem interessanten Juni-Programm:  
„Das Mädchen mit dem gold. Haar“ und 16 erstklass. Spezialitäten.

**Franz Ungerberg**  
früher  
**Treptow, Alte Antifischerhente**  
empfehlen allen Freunden und Bekannten sein neu renoviertes Restaurant „Marienthal“, Baumgartenweg, Baumgartenstr. 64, Ecke Ganner Chaussee. Schattiger Garten, zwei Regelmäßig, Familien können Kaffee kochen; vis-a-vis Wald. 4392\*

**Die schönsten Herren-Monatsgarderobe**  
Anzüge, Herrengarderobe in neu, sowie speziell 42742\*  
von Kavaliereu zurückgelagte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu haarend billigen Preisen feid zu haben.  
J. Wand, Prinzenstr. 17, Ecke Wasserthorstraße.

Zum „Wahren Jakob“  
Liefert elegante Deckenmappen für 20 Pf. Wiederverkauf gesucht. 1896\*  
Globigs Buchh., Berlin, Friedrichstr. 31.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer August Wundersee  
Straßenbustr. 20, am 11. d. Mts verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofs, Prinzen-Allee, aus statt.  
Häufige Beteiligung erwünscht.  
248/7 Der Vorstand.

**Central-Verband d. Maurer Deutschlands (Zweigverein Berlin).**  
Am Donnerstag, den 12. Juni früh, verstarb infolge eines Herz- und Lungenerleidens unser langjähriges und treues Mitglied, der Maurer August Wundersee im Alter von 29 Jahren.  
Unsere Organisation verliert in ihm eines ihrer besten Mitglieder. Raschlos im Eifer für die Größe und den Ausbau des Verbandes arbeitend, war er einer derjenigen, die alle persönlichen Interessen hintanlegten und für die Durchführung der Arbeiterforderungen in Wort und in der That große Opfer für die Maurerschaft Berlins und der Umgegend brachte, bis ihn die thätliche Krankheit und entriß. Die Kollegen werden kein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofs in der Prinzen-Allee aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen bitten  
139/16 Die Verbandsleitung.

Heute früh starb nach kurzem schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Korrektor Herr Gustav Schmiedchen im Alter von 45 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken wird ihm immer bewahren  
Berlin, den 12. Juni 1902.  
Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf d. Georgenkirchhof, Pankberg 2149 statt.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Tischlerinnen**  
Verwaltung Berlin H.  
Mitglieder - Versammlung  
am Montag, den 16. Juni 1902, abends 8 Uhr,  
im Lokale des Herrn Tollsdorf, Götterstr. 58.  
Zugordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1902. 2. Festsetzung der Beiträge. 3. Wahl der Ordnerverwaltung inkl. Beitragskammer. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht  
184/13 Die Ordnerverwaltung.

Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich  
**9, Raunynstr. 9**  
ein Weiss- u. Bayrischbier-Lokal mit Billard und Vereinszimmer eröffnet habe. 43482\*  
Erwäge um geeigneten Zufpruch.  
**Paul Lier.**

**Fritz Hoppe, Rixdorf,**  
Berlinerstr. 14. Nähe Hermannplatz, empfiehlt sein 2076  
**Weiß- u. Bayrisch-Bier-Lokal**  
Billard, Vereinszimmer mit Pianino für 70 Personen.

**Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.**  
Spezialarzt für 25/17\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.



**Noch nie so billig**  
somit jetzt Vorrat kaufen.  
100 St. Scheid. Briquetts 6 Zoll 0,50  
100 „ „ „ 7 „ 0,50  
ungepackte Preßkollern, Centner. 0,69  
1 Scheffel Ruy II Königshütte. 0,85  
1 Fekt. H. gemahlener Gascoals 1,10  
Zum Abholen bringe 25 Handwagen.  
Ins Haus bei 3000 Stück a 1,25 M.  
mehr. Josef Fischer, Witte  
Prombergerstraße 19.



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 13. Juni 1902.

(Vor Beginn der Börse.)

Als am Freitag und Sonnabend voriger Woche sich ein Nachlassen in der Realisation der vor dem Friedensschluß eingegangenen Kauf-Engagements an der Londoner Börse zeigte, und daraufhin auch hier am Sonnabend die Kurse erneut anzogen, wurde von einigen Blättern prophezeit, daß die anregende Wirkung des Friedensschlusses auf das Börsengefühl nur vorläufig durch die einfache Realisationslust gehemmt worden sei und sich nun, nach der Entlastung der Börse von diesen Engagements, um so kräftiger geltend machen werde. Von diesen schönen Vorhersagungen hat sich, wie schon so oft, wenig oder nichts erfüllt. Nach dem Ablauf der letzten Woche, durch allerlei Gerüchte über die Situation der Kohlen- und Eisenindustrie und über bevorstehende Fusionen stimuliert, hin und wieder eine leichte Nachfrage bemerkbar, die zeitweilig kleine Kurssteigerungen der Hauptwertpapiere der Montanindustrie zur Folge hatte, so behielt doch im ganzen die Geschäftslage die Oberhand, und - fast durchweg zeigte sich Abneigung gegen das Eingehen neuer Operationen.

Der Verkehr war denn auch im ganzen recht gering. Die Reaktion gegen die frühere Ueberschätzung gewinnt mehr und mehr die Auffassung an Boden, daß wenn auch die Wirkung des Friedensschlusses auf Handel und Industrie nicht ausbleiben kann, doch dieser Einfluß erst ganz allmählich zum Durchbruch kommen wird. Zudem beginnt sich die Furcht einzustellen, daß, soweit überhaupt auf baldige Zunahme der Exporte nach Südamerika zu rechnen ist, England, in dem die glückliche Beendigung des Krieges die imperialistische Strömung nicht wenig gefördert hat, alles aufbietet, sich den Löwenanteil an dem Geschäft nach den neu gewonnenen Kolonialgebieten zu sichern.

Die industrielle Lage in Deutschland selbst aber bietet keinen Grund zu spekulativen Operationen. Fehlte es auch in letzter Woche wieder nicht an einzelnen Nachrichten, die zeitweilig preissteigernd wirkten, z. B. am Dienstag die Meldung, das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat werde seine Förderungsbeschränkung ermahnen, so wurden derartige anregende Gerüchte doch alsbald wieder von andern, weniger zuverlässigeren überholt. Das Gesamtergebnis der Woche zeigt denn auch nur ganz geringe Kursverschiebungen. Bahnpapiere haben meist ihren Stand behauptet. Dagegen erlitten die Aktien der großen Banken durchweg keine Abschläge, während Montanpapiere teilweise geringe Kursrückgänge aufzuweisen haben.

Auf das in voriger Woche erschienene Heft XIX der Statistik des deutschen Außenhandels im Jahre 1901, das über den deutschen Handelsverkehr mit Brasilien, Nordamerika und den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahre unterrichtet, ist zwar schon kurz im „Vorw.“ hingewiesen worden; in Anbetracht der Bedeutung des deutschen Handels mit der nordamerikanischen Union, die seit 1898 von allen Ländern den größten Anteil an der deutschen Einfuhr hat, lohnt sich aber eine nähere Betrachtung der Richtung, welche die beiderseitigen Handelsbeziehungen genommen haben.

Die schon seit langem vorhandene Differenz zwischen der deutschen Einfuhr und Ausfuhr im Handel mit den Vereinigten Staaten hat im letzten Jahre wieder eine Steigerung erfahren. Während im Spezialhandel die Einfuhr aus der Union von 1020,8 auf 1042,1 Millionen Mark gestiegen ist, also um 21,3 Millionen Mark zugenommen hat, ist die Ausfuhr nach drüben von 489,6 auf 885,8 Millionen Mark, d. h. um 396,2 Millionen Mark zurückgegangen. Nun hat allerdings im vorigen Jahre ein besonders starker Export von Edelmetallen aus der Union nach Deutschland stattgefunden - er belief sich auf 56,8 Millionen Mark gegen 17,2 im Vorjahre und 18,4 Millionen Mark in 1900 - aber auch wenn man die Edelmetall-Einfuhr ganz unberücksichtigt läßt und nur den

eigentlichen Warenhandel betrachtet, ergibt sich noch immer eine Abnahme der Einfuhr um nur 1,8 Proz. gegenüber einer Abnahme der Ausfuhr um 12,5 Proz.

Der Ueberschuß des Wertes der Wareneinfuhr über den der Ausfuhr hat sich dadurch im Vergleich zum Vorjahre weiter um 87 Millionen Mark erhöht. Im reinen Warenhandel (ohne Edelmetall-Verkehr) stellte sich diese „Unterbilanz“ des deutschen Handels im letzten Jahre auf rund 601 Millionen Mark, in 1900 auf 584 und in 1898 auf 114 Millionen Mark. Entwickelt sich der deutsch-amerikanische Handel in dieser Richtung weiter, wie mehr als wahrscheinlich ist, so wird schon im nächsten Jahre (1903) der Wert der deutschen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nur noch ein Drittel des Wertes der Waren ausmachen, die Deutschland von dort her erhält. Das deutsch-amerikanische Handelsverhältnis nähert sich damit mehr und mehr dem englisch-amerikanischen; denn nach der Statistik des Handelsbureaus der Vereinigten Staaten bezogen Großbritannien und Irland in 1901 auf der Union für 699 Millionen Dollar Waren, lieferte aber nur für 155 Millionen Dollar dorthin.

Unter den Artikeln, die Deutschland im vorigen Jahre von drüben erhielt, stehen Baumwolle, Getreide, Sämalz, Petroleum, Rohmetalle, Dextrin, Öl, Rapphölzer und Fleisch obenan. Im Vergleich zu 1900 hat die Einfuhr von Rohbaumwolle abgenommen um 25,5 Millionen Mark (1900 = 288,8 - 1901 = 263,3 Millionen Mark), von Rohkupfer um 39,4 Millionen Mark, Mais um 22 Millionen Mark, raffiniertes Petroleum um 11,4 Millionen Mark; dagegen hat die Einfuhr von Weizen zugenommen um 104,5 Millionen Mark (1900 = 60,7 - 1901 = 165,2 Millionen Mark), von Schweineschmalz um 11,8, von Oleomargarin um 4,4, von Baumseidenöl um 4,5 Millionen Mark. Deutlich kommt in diesen Zahlen die wirtschaftliche Veränderung zum Ausdruck, die in Deutschland im Jahre 1900 eingetreten ist. Der Rückgang des Einfuhrwertes der Rohbaumwolle erklärt sich z. B. nicht, wie vielleicht angenommen werden könnte, aus der quantitativen Abnahme der Einfuhr, sondern aus dem Preisfall, den im vorigen Jahre Rohbaumwolle gegenüber den enormen Preissteigerungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1900 erlitten hat; dem Gewicht nach sind sogar in 1901 877 Doppelcentner Rohbaumwolle mehr in Deutschland aus den Vereinigten Staaten eingeführt worden, als in 1900. Die Rückkehr der Einfuhr von Rohkupfer ist in der Hauptsache eine Folge des Daniederliegens der Elektroindustrie, während der Rückgang des Maisimports aus der Union durch den unglücklichen Ausfall der amerikanischen Weizenerte verursacht wurde. Andererseits bewirkte die geringe Weizenerte Deutschlands und der bedeutende Ueberschuß der amerikanischen Weizenerte einen starken Abfluß dieses Getreides nach dem deutschen Inland.

Auch der Wert der Einfuhr verschiedener amerikanischer Industrie-Artikel hat abgenommen, so z. B. der Import von Maschinen aller Art (auch Näh-, Schreib-, Rechenmaschinen) um 14,1 Millionen Mark, Eisen und Eisenwaren um 4 Millionen Mark. Grundlich verkehrt wäre es aber, daraus ein Nachlassen der amerikanischen Konkurrenz folgern zu wollen. Teils erklärt sich diese Wertabnahme aus vermindertem Interesse infolge der Ueberfüllung des einheimischen deutschen Marktes mit Maschinen und der Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten, die dort den Maschinenfabriken eine leichte Unterbringung ihrer Erzeugnisse ermöglichte, teils aus dem durch die Krise in Deutschland hervorgerufenen starken Preisfall mancher Maschinen.

Der Rückgang der deutschen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten betrifft außer Rohzucker, dessen Export nach drüben von 69,6 auf 19,1 Mill. Mark gesunken ist, vornehmlich Industrie-Erzeugnisse, z. B. hat der Wert der Ausfuhr abgenommen bei baumwollenen Wirk- und Strumpfwaren um 8,8, bei Manufaktur- und Guttaperchawaren um 8, bei Roman-Cement um 5,1, bei Glasfabrikaten um 4,1, bei halbseidenen Tüchern, Shawls etc. um 2,6, bei feinen Ledertwaren um 2,4 Millionen Mark.

Die Statistik des deutsch-amerikanischen Handels während des letzten Jahres redet demnach eine deutliche Sprache. Sie zeigt, daß drüben der Absatzmarkt für deutsche Industriewaren sich allmählich mehr und mehr verengert. Nicht nur, weil der amerikanische Zolltarif die betreffenden Artikel mit hohen Zöllen belegt, sondern weil die amerikanische Industrie in steigendem Maße den Bedarf des amerikanischen Inlandmarktes selbst deckt und sogar in manchen Artikeln, die noch vor zwei, drei Jahrzehnten fast ausschließlich aus Europa bezogen wurden, schon auf dem deutschen Markt als Konkurrentin auftritt. Der amerikanische Export von feinem Lacturum, gefärbtem Leder nach Deutschland hat beispielsweise gegen 1900 um 1 Mill. Mark, der von seinen Schuhwaren um 0,4 Mill. Mark zugenommen. Diese guten Exportergebnisse der amerikanischen Industrie trotz der dortigen Hochkonjunktur lassen ahnen, wie stark sich erst die amerikanische Konkurrenz auf dem europäischen Markt gestalten wird, wenn drüben ein Umschlag erfolgt.

Der Vertrag der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd mit dem Morganschen transatlantischen Schiffsahrtstrust hat in den letzten Wochen vielfach zur Aufwerfung der Frage geführt, wie hoch sich zur Zeit der Bestand und der Tonnengehalt der Dampferflotte beider deutscher Linien beläuft und wie sich die Qualität ihres Schiffsmaterials zu dem der großen englischen Reedereien verhält. Was die Hamburg-Amerika-Linie anbetrifft, so stellte sich im März d. J. ihre Gesamttonnage einschließlich der im Bau befindlichen Dampfer auf 661 355 Tonnen, während die Gesellschaft im Jahre 1898 nur 22 Dampfer mit 60 000 Tonnen besaß. Während dieses Zeitraums von sechzehn Jahren hat die Hamburg-Amerika-Linie 89 Dampfer mit 138 000 Tonnen durch Verkauf aus ihrer Flotte ausgeschieden. Dagegen hat sie bis Anfang 1902 ausschließlich der jetzt im Bau befindlichen Schiffe neu gebaut oder käuflich erworben 187 Dampfer mit 632 000 Tonnen. Durch die energische Ausschaltung ihres älteren, unmodern gewordenen Materials hat die Gesellschaft das Durchschnittsalter ihrer Tonnage so jung gehalten, wie kaum eine andre Reederei. Dieses Durchschnittsalter stellt sich jetzt auf wenig mehr als 5 1/2 Jahre. Bei der hervorragendsten englischen Gesellschaft, der Peninsular and Oriental Company, beziffert sich das Durchschnittsalter der Schiffe auf 9 1/2 Jahre, bei der größten italienischen Gesellschaft, der Navigazione Generale Italiana erreicht das Alter sogar im Durchschnitt eine Höhe von 21 1/2 Jahren. Die in letzter Zeit vielgenannte älteste Gesellschaft Englands, die Comard-Linie, weist ein Durchschnittsalter von 10 Jahren auf, während die größte dänische Reederei, die Forenede Dampfskibs Selskab, nahezu auf 14 Jahre kommt. Die französische Gesellschaft Compagnie Generale Transatlantique kommt im Durchschnitt auf 18 1/2, die Messageries Maritimes im Durchschnitt auf 16 Jahre. Und auch beim Norddeutschen Lloyd stellt das Durchschnittsalter sich auf annähernd 8 1/2 Jahre. Man kann sich von dem Umfange des Betriebes der Hamburg-Amerika-Linie mit ihren etwa 630 000 Tonnen an transoceanischen Dampfern einen Begriff machen, wenn man hört, daß an solchen für den Ueberschiffverkehr bestimmten Dampfern (also Dampfer von über 2000 Tonnen) nach den letzten Feststellungen Frankreich insgesamt nur 794 670 Tonnen, Oesterreich-Ungarn 431 558 Tonnen, Rußland 272 193 Tonnen, Belgien 119 680 Tonnen, Holland 398 481 Tonnen, Dänemark 167 722 Tonnen besaßen. Gegenwärtig befinden sich für die Hamburg-Amerika-Linie noch im Bau acht Dampfer mit 60 000 Tonnen.

Wie hoch sich zur Zeit die im Betriebe der Hamburg-Amerika-Linie beschäftigte Zahl der Arbeiter und Angestellten beläuft, ist nicht genau bekannt. Vor etwa zwei Jahren wurden indes schon über 14 000 Personen beschäftigt, und heute dürfte die Gesamtzahl über 16 000 betragen.

Achtung! Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zahlstellen Berlin und Umgegend. Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10 Uhr, in Suggenhagens Etablissement am Moritzplatz:

Kombinierte Mitglieder-Versammlung.

1. Die gegenwärtige Konjunktur im Baugewerbe, der ablehnende Bescheid der Arbeitgeber und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Um pünktlichen und zahlreichen Besuch ersucht

Die Lohnkommission. J. A.: Karl Heidemann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Berlin, den 15. Juni, vormittags 10 Uhr: Versammlung der Feilen-Arbeiter

bei Zocher, Lindowerstraße 26. Zahlreichen Besuch erwartet 116/8 Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend 8 1/2 Uhr, Engel-Ufer 15 (großer Saal): Ausserordentliche General-Versammlung.

1. Ausschluss einiger Mitglieder. 2. Bericht über die Fragebogen und unsern Arbeitsnachweis. 3. Ist es nötig, den Extrabeitrag weiter zu entrichten? 4. Verschiedenes und Ausgabe der Biletts zu der am 29. Juni stattfindenden Dampferfahrt.

Am Montag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Hindenburgstr. 26: Versammlung

Versammlung

1. Vortrag des Genossen Wollheim über: „Das Innere der Erde und die vulkanischen Ausbrüche.“ 2. Diskussion. 3. Verlegung des Lokals der Vertretermänner-Sitzung. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Achtung! Korbmacher. Achtung!

Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15: Öffentliche Versammlung.

1. Vortrag des Kollegen Kurisch aus Düsseldorf. 2. Verschiedenes. 3. Die Kollegen werden ersucht, zu dem Vortrag ihre Frauen mitzubringen.

Achtung!

Freie Vereinigung der Putzer Berlins und Vororte. Sonnabend, den 21. Juni 1902, I. Stiftungsfest 289/17 Hermann's Hof, Beusselstraße 9.

Strand-Restaurant am Müggelsee

Empfiehlt Fabrike, Bereinen und Korporationen für Sommervergütungen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume. Besichtigungen aller Art. Constante Preise. 35138\* H. Degebrodt, „Strandlokal“, Köpenick.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Berlin VII.

Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokal von Hoffmann, Postwallerstr. 3.

1. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Renndahl der Ortsverwaltung. 5. Verschiedenes. Um rege Beteiligung wird dringend ersucht. 116/7\*

Extra-Dampferfahrten nach Schmöckwitz

dem herrlich gelegenen Lokal Seddin-See jeden Sonntag 9 und 2 Uhr (hin und zurück 75 Pf.). Montag u. Mittwoch 2 Uhr mit Musik (hin und zurück 60 Pf.). Während des Aufenthaltes im Garten großes Konzert und in zwei Sälen Ball. Abfahrt zwischen Jannowitz- und Balkenbrücke (Dampferstation Köpenick). Das Lokal bietet einen herrlichen Aufenthalt. Zwei große Säle, Regalbahnen usw. Für Vereine und Gesellschaften bestens zu empfehlen. Auch stelle ich die billigsten Dampfer. Gute Sommerwohnungen mit und ohne Pension. A. Noack.

Treptow Joëls Victoria-Garten, Ludwigs Park-Restaurant, Köpenicker Landstrasse. Sonntag, den 15. Juni 1902 Früh-Konzert 4. Kreis Südost. Billets 15 Pf. Kassen-Eröffnung 4 Uhr morgens. Billets 15 Pf. Die Kaffeeküche ist geöffnet. (Liter 60 Pf.) Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Brodt's Gesellschafts-Haus Erkner am Dameritz-See 3 Minuten vom Bahnhof - herrlich am Wald und Wasser gelegen - empfiehlt sich den Genossen bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer, den geehrten Familien, Vereinen und Fabriken zu angenehmem Aufenthalt. Zwei große feine Gärten, zwei geräumige Hallen, großer neuer Saal, eine Regalbahn, eigene Dampfer-Anlage etc. 37398

Gebrüder Bell, Gräfrath bei Solingen. 14 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie. 23 bei Solingen. Jüngstes Fabrikverwandhaus am Platze, gegründet 1876. Mehr wie ein Stück versenden nur gegen Nachnahme. - Bitten genau auf unsere Firma zu achten.



